

Zur Akzeptanz von Familienpolitik

Lengerer, Andrea

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lengerer, A. (2004). Zur Akzeptanz von Familienpolitik. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie*, 29(3-4), 387-420. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70378-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Andrea Lengerer

Zur Akzeptanz von Familienpolitik

On the acceptance of family policy

L'acceptation de la politique familiale

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der gewachsenen Relevanz von Familienpolitik erscheint es angebracht, den Blick auf deren Bewertung in der Bevölkerung zu richten. Ein gewisses Maß an Zustimmung wird als Voraussetzung der Legitimität, der langfristigen Tragfähigkeit als auch der Wirksamkeit familienpolitischer Interventionen betrachtet.

Wie die Auswertungen der deutschen Population Policy Acceptance Study (PPAS) zeigen, ist die soziale Akzeptanz von Familienpolitik hoch. Sowohl finanzielle Leistungen als auch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stoßen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Nach wie vor sind dabei Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland festzustellen: Die Bürger der neuen Bundesländer richten insgesamt höhere Erwartungen an die Familienpolitik und befürworten besonders den Ausbau öffentlicher Angebote zur Kindertagesbetreuung. Im Vergleich dazu sind die Westdeutschen stärker an einer sequentiellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf interessiert, was sich in der breiten Befürwortung von finanziellen Transfers und von reduzierten bzw. flexibilisierten Arbeitszeiten niederschlägt.

Auf individueller Ebene sind es sowohl Wert- als auch Interessenorientierungen, die über das Ausmaß der Akzeptanz von Familienpolitik entscheiden. Die höchste Zustimmung findet sich bei den (potentiellen) Leistungsempfängern und bei denjenigen, die Familie und Kindern einen hohen ideellen Wert beimessen. Insgesamt sind die Unterschiede in der Bewertung familienpolitischer Maßnahmen aber gering und herausragendes Ergebnis ist die Feststellung eines hohen und breiten Zuspruchs in der Bevölkerung. Auch Kinderlose beurteilen Familienpolitik mehrheitlich positiv, so dass von einer Entsolidarisierung oder gar einer Spaltung der Gesellschaft nicht die Rede sein kann.

1 Fragestellung

Familienpolitik hat Konjunktur. Auf diese kurze und prägnante Formel lässt sich die derzeitige Debatte um Familie in Politik, Medien und Öffentlichkeit bringen. Es wird viel geredet und geschrieben über die Belange von Familien, über die Familienfreundlichkeit unserer Gesellschaft und über die Schwierigkeiten und das Glück des

Lebens mit Kindern. Die Bundesregierung hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Familie soll ins Zentrum des politischen Interesses rücken, Familienpolitik soll „nachhaltig“ werden und dafür sorgen, dass die Bedürfnisse von Eltern und Kindern in allen gesellschaftlichen Teilbereichen stärkere Berücksichtigung finden.

Das war nicht immer so. Bis vor kurzem war Familienpolitik allenfalls als Wahlkampfthema von größerer Bedeutung. Im politischen Alltagsgeschäft standen meist andere Themen im Vordergrund. Es wurde darauf vertraut, dass Ehen geschlossen, Familien gegründet und Kinder erzogen werden, ohne dass es dazu besonderer Anreize und Unterstützung bedürfe – gemäß dem viel zitierten Motto Adenauers: „Kinder kriegen die Leute von alleine“.

Längst ist offensichtlich, dass dem nicht so ist. Der Übergang zur Elternschaft ist von der Selbstverständlichkeit zur Option geworden. Die Geburtenziffern bewegen sich seit Anfang der 1970er Jahre auf anhaltend niedrigem Niveau und der Anteil derer, die zeitlebens kinderlos bleiben, nimmt zu. Die Elterngeneration wird zahlenmäßig nicht mehr durch die Kindergeneration ersetzt, was zu einer Schrumpfung und – in Verbindung mit der stetig steigenden Lebenserwartung – vor allem zu einer Alterung der Bevölkerung führt. Die älter werdende Gesellschaft bringt nun aber eine Reihe volkswirtschaftlicher Probleme mit sich. Das gravierendste und drängendste ist die zu erwartende Lücke bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Weniger Kinder bedeuten weniger Beitragszahler, so dass in Zukunft entweder die Höhe der Abgaben deutlich steigen oder aber der Umfang der Leistungen merklich zurückgehen wird. Aufhalten oder gar umkehren lässt sich diese Entwicklung nicht mehr, weil sie in den heutigen Strukturen der Bevölkerung bereits angelegt ist, wohl aber abschwächen. Dies ist das erklärte Ziel der familienpolitischen Bemühungen. „Deutschland braucht mehr Kinder“ lautet die klar formulierte Botschaft.¹ Diejenigen, die Kinder wollen, sollen diesen Wunsch auch realisieren können. Mehr Anreize zur Übernahme von Elternverantwortung sollen gesetzt und vorhandene Barrieren beseitigt werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, den Blick auf die Akzeptanz von Familienpolitik zu richten. Wie beurteilen die Bürger die Bemühungen des Staates, das Leben mit Kindern zu verbessern? Welche Erwartungen werden an die Familienpolitik gerichtet? In welchen Bereichen wird Handlungsbedarf gesehen? Und wie wird die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen eingeschätzt? Über solche Fragen ist erstaunlich wenig bekannt. Dabei ist es für eine bedarfsgerechte Politik unerlässlich, die unmittelbar Betroffenen, die Mitglieder der Gesellschaft, zu hören. Sie sind schließlich die Adressaten von Politik. Ihre Einstellungen und Meinungen können helfen, Politik angemessen zu gestalten.

Auch in der Wohlfahrtsstaatsforschung wird die „subjektive Komponente“ der sozialen Sicherung neuerdings thematisiert (z.B. *Andreß et al.* 2001; *Kohl* 2003). Die Akzeptanz sozialpolitischer Maßnahmen wird als funktionale Voraussetzung sowohl ihrer Durchsetzbarkeit als auch ihrer längerfristigen Tragfähigkeit begriffen. Mehr noch: Ein gewisses Maß an Zustimmung in der Bevölkerung gilt als ein wesentliches Kriterium der Legitimität wohlfahrtsstaatlicher Eingriffe.

Empirische Befunde zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates gibt es bislang nur wenig. Diese kommen jedoch übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Zustimmung

außerordentlich hoch und im Zeitverlauf stabil ist (vgl. zum Überblick *Ullrich* 2000). Die große Mehrheit der Bevölkerung beurteilt sozialstaatliche Institutionen positiv und hat ihnen gegenüber eine ausgeprägte Erwartungshaltung. Ein überraschendes Ergebnis insofern, als angesichts der sich verschärfenden Kosten- und Finanzierungsproblematik eher ein Legitimationsverlust erwartet wurde. Offenbar schlägt sich die „Krise des Sozialstaates“, von der immer wieder die Rede ist, nicht in einer Erosion der Akzeptanz bei seinen Adressaten nieder.

Die hohe Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat als Ganzes kann aber nicht ohne weiteres auf alle seine Teilbereiche übertragen werden. Vielmehr gibt es Hinweise darauf, dass einzelne Sicherungssysteme in unterschiedlichem Maße auf Akzeptanz stoßen – in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Zielsetzung, dem Kreis der potentiell Begünstigten sowie dem sozialen Prestige der Leistungsempfänger. So erfahren das System der Alterssicherung sowie das Gesundheitssystem relativ breite Zustimmung, während z.B. Leistungen für Arbeitslose geringer bewertet werden (vgl. zum Überblick *Ullrich* 2000). Der Aussagewert einer nach einzelnen Leistungssystemen differenzierten Betrachtungsweise ist daher höher einzuschätzen als die bloße Messung der globalen Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates.

Die vorliegende Studie konzentriert sich ausschließlich auf die Bewertung familienpolitischer Leistungen. Familienpolitik ist ein eigenständiger Teil von Sozialpolitik und hat die Aufgabe, „die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen von Familien zu sichern und zu verbessern, die Familien in ihren Aufgaben und Funktionen zu unterstützen und zu fördern und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich der Wunsch nach Kindern auch realisieren lässt“ (*Bäcker et al.* 2000: 152). Zur Erfüllung dieser Aufgabe ergreift die Familienpolitik eine Reihe von Maßnahmen, mit denen sie gestaltend in die Lebensverhältnisse und die Alltagswelten der Bevölkerung eingreift.

Bei der Frage nach der Akzeptanz von Familienpolitik ist der Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern von besonderem Interesse. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde das Institutionengefüge der alten Bundesrepublik in den Osten Deutschlands transferiert. An die „neue“ Familienpolitik wurden dort zunächst ausgesprochen hohe Erwartungen gestellt, wie die erste Erhebung der Population Policy Acceptance Study im Jahr 1992 zeigt (*Dorbritz/Fux* 1997; *Störtzbach* 1993/94). Allerdings sind seit der Wende mittlerweile eineinhalb Jahrzehnte vergangen, so dass womöglich eine Angleichung oder zumindest eine Annäherung der Beurteilung von Familienpolitik stattgefunden hat.

Zum Aufbau des vorliegenden Beitrags: Im Anschluss wird zunächst auf deskriptiver Ebene die Akzeptanz von Familienpolitik beleuchtet, wobei neben der Bewertung einzelner Maßnahmen auch Prioritäten in den Blick genommen werden. Zur Frage der Konvergenz der Einstellungen Ost- und Westdeutscher wird außerdem auf die Veränderungen seit Beginn der 1990er Jahre eingegangen. Punkt 3 befasst sich mit den Determinanten der Akzeptanz von Familienpolitik. Aus einer mehr analytischen Sichtweise soll hier geklärt werden, wovon die individuelle Zustimmung oder Ablehnung familienpolitischer Leistungen abhängt. Dazu werden aus den relevanten, theoretischen Ansätzen Hypothesen abgeleitet und in der multivariaten Analyse empirisch geprüft. Abschließend wird auf Basis subjektiver Einschätzungen der Frage nachgegangen, ob Familienpolitik tatsächlich dazu beitragen kann, dass mehr Kin-

der geboren werden. Denn Akzeptanz wird zwar als notwendige, nicht aber als hinreichende Bedingung zur Erreichung der Ziele familienpolitischer Bemühungen gesehen.

Datengrundlage der vorliegenden Auswertungen ist die deutsche Population Policy Acceptance Study (PPAS), deren Anlage und Methodik an anderer Stelle ausführlich beschrieben ist (Lengerer 2003).

2 Die Beurteilung familienpolitischer Maßnahmen: Mehr Geld und/oder mehr Betreuung?

Die bisherige Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates zeigt, dass das Ausmaß der Zustimmung zu einzelnen Leistungsbereichen stark vom sozialen Prestige und der Größe der jeweiligen Empfängergruppe abhängt. Familienpolitische Maßnahmen dürften daher auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßen. Das soziale Ansehen von Familien ist nach wie vor hoch und die große Mehrheit kann sich zu den (potentiellen) Nutznießern von Familienpolitik zählen.

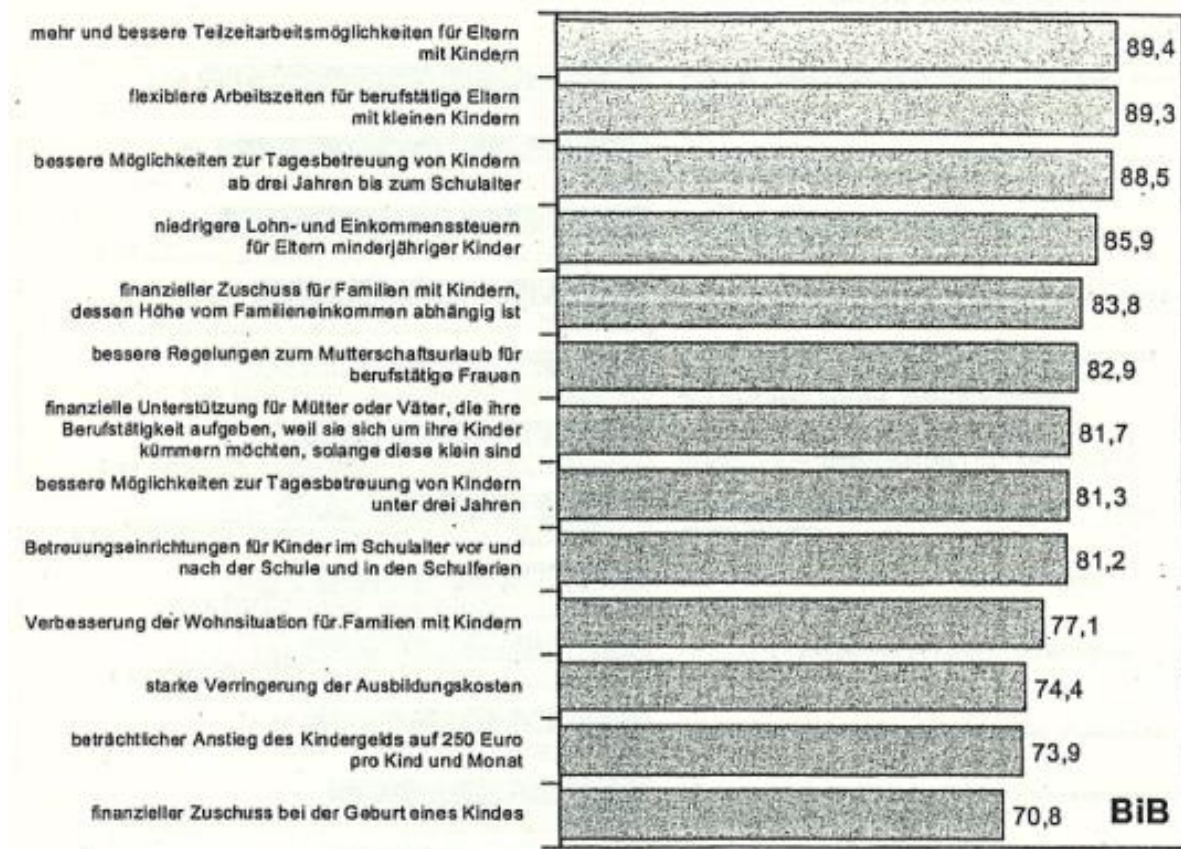
Zur Erfassung der Akzeptanz von Familienpolitik wurden den 4110 in der PPA-Study befragten Personen verschiedene Maßnahmen vorgelegt, deren Umsetzung sie anhand einer 5-stufigen Skala befürworten oder ablehnen konnten. Es handelt sich dabei entweder um den Ausbau bereits bestehender oder um neu einzuführende Leistungen, die es – dem Wortlaut der Fragestellung gemäß – erleichtern sollen, Kinder zu bekommen, zu erziehen und für sie zu sorgen.² In Anlehnung an *Roller* (1992) ist damit die Zieldimension wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen angesprochen. Es geht um die Frage, in welchem Ausmaß der Staat sozioökonomische Sicherheit- und Gleichheit herstellen bzw. inwieweit er die Lebensbedingungen von Familien verbessern soll. Für die Legitimität wohlfahrtsstaatlichen Handelns ist die Akzeptanz der Ziele besonders relevant. Die Einstellungen zu den Mitteln und Folgen wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, hingegen sind von eher untergeordneter Bedeutung und werden auch nur selten analysiert (vgl. zum Überblick *Andreß et al.* 2001:19ff.).

Aus Abbildung 1 wird ersichtlich, dass insgesamt sehr hohe Erwartungen an die Familienpolitik gestellt werden. Bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen ist eine große Mehrheit der Befragten sehr oder eher dafür, diese einzuführen. Mit knapp 90 % am stärksten befürwortet wird es, mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern zu schaffen. Ebenfalls stark nachgefragt werden flexiblere Arbeitszeiten für Eltern kleiner Kinder sowie bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Vorschulkindern. Auch die Mehrheit der übrigen Maßnahmen wird von über 80 % der 20- bis 65-jährigen Deutschen positiv bewertet. Immer noch hohe, aber relativ gesehen geringe Zustimmung erfahren die Verbesserung der Wohnsituation sowie die starke Verringerung der Ausbildungskosten. Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat sowie ein finanzieller Zuschuss bei Geburt eines Kindes werden „nur“ von 74 % bzw. 71 % der Befragten befürwortet.

In der Bewertung familienpolitischer Maßnahmen finden sich deutliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Besonders klar treten diese hervor, wenn die Zustimmung anzeigenden Ausprägungen der Antwortskala nicht mehr zusam-

Abb. 1: Bewertung familienpolitischer Maßnahmen (Zustimmung zur Einführung der jeweiligen Maßnahme, in %)

Fig. 1: Assessment of family policy measures (agreement with the introduction of the respective measure, in %)

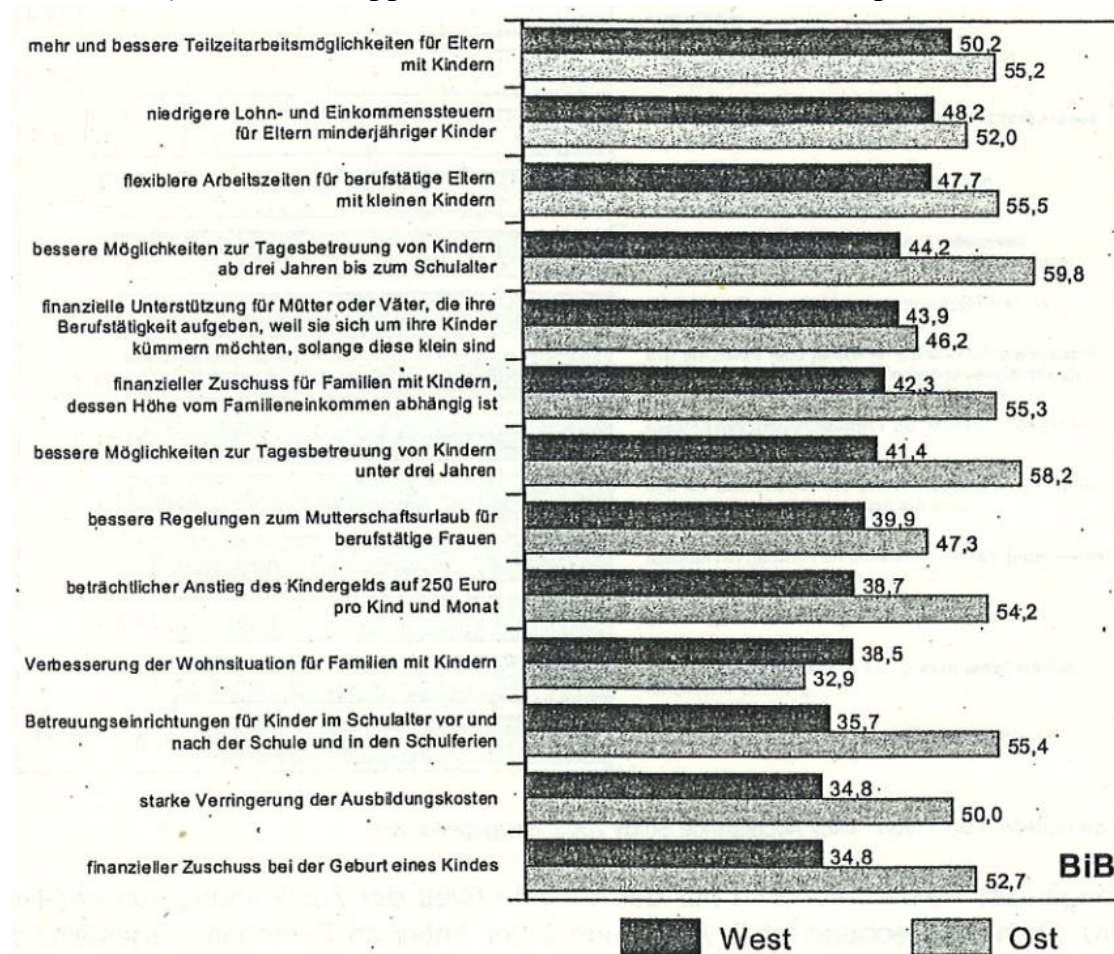


Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003, designgewichtet³

mengefasst werden, sondern nur der höchste Grad der Zustimmung ausgewiesen wird. Dementsprechend ist in Abbildung 2 der Anteil an Personen dargestellt, die „sehr dafür“ sind, die jeweils genannte Maßnahme einzuführen. Auf den ersten Blick ist erkennbar, dass die Erwartungen an die Familienpolitik im Osten Deutschlands sehr viel höher sind als im Westen. Von der Verbesserung der Wohnsituation für Familien abgesehen, befürworten im Osten zwischen 46 % und 60 % der 20- bis 65- Jährigen die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen stark, während dies im Westen nur zwischen 35 % und 50 % sind. Die gravierendsten Unterschiede zeigen sich, bei der Frage nach dem Ausbau öffentlicher Angebote zur Kinderbetreuung. Hier liegt die Zustimmung in den neuen Bundesländern um bis zu 20 %-Punkte über den in der alten Bundesrepublik gemessenen Werten – und dies, obwohl die Betreuungssituation in Ostdeutschland nach wie vor erheblich besser ist als im Westen (*Statistisches Bundesamt* 2004). Beträchtliche Ost-West-Unterschiede finden sich auch bei den finanziellen Unterstützungsleistungen. Deutlich mehr Ost- als Westdeutsche sind sehr dafür, Familien einen vom Einkommen abhängigen finanziellen Zuschuss zu gewähren, das Kindergeld deutlich zu erhöhen, die Ausbildungskosten stark zu verringern sowie bei der Geburt eines Kindes einmalig einen Geldbetrag auszubezahlen.

Abb. 2: Bewertung familienpolitischer Maßnahmen in West- und Ostdeutschland (starke Zustimmung zur Einführung der jeweiligen Maßnahme, in %)

Fig. 2: Assessment of family policy measures in Western and Eastern Germany (considerable approval of the introduction of the respective measure, in %)



Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003

Als erstes Fazit kann gezogen werden, dass die soziale Akzeptanz von Familienpolitik überaus groß ist. Es werden hohe Erwartungen an familienpolitische Leistungen gerichtet, sowohl hinsichtlich finanzieller Unterstützung als auch hinsichtlich der Schaffung von Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen dabei erhebliche Unterschiede: Im Osten Deutschlands sind die Erwartungen an die Familienpolitik durchgängig höher als im Westen. Außerdem deutet sich an, dass die Ostdeutschen bei den vereinbarkeitsorientierten Maßnahmen am ehesten auf eine Verbesserung des Angebots an öffentlicher Kinderbetreuung setzten, während die Westdeutschen tendenziell stärker an einer familienfreundlicheren Gestaltung der Arbeitswelt interessiert sind.

Die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern stehen im Einklang mit bisherigen Befunden zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Die Bürger der ehema-

ligen DDR stellen höhere Anforderungen an den Sozialstaat und sind gleichzeitig unzufriedener mit der bestehenden Situation. Offenbar „verbleibt eine ganz erhebliche Differenz zwischen den sozialpolitischen Ansprüchen der Ostdeutschen und der faktischen Wirklichkeit“ (*Andreß et al.* 2001:123). Zu erklären ist dies einerseits mit der Prägung durch die ehemals sehr unterschiedlichen politischen Systeme. Angenommen wird, dass wohlfahrtsstaatliche Einstellungen im Rahmen der Sozialisation erworben und durch Erfahrungen mit einem bestimmten Wohlfahrtsstaat ausgebildet werden. Das Wohlfahrtsregime der ehemaligen DDR war von einer Dominanz des Staates gekennzeichnet, dessen Fürsorge sich auf alle Lebensbereiche erstreckte. Zum anderen resultiert die ausgeprägtere Erwartungshaltung der Ostdeutschen wohl auch daher, dass die aktuelle Situation an den Bedingungen des alten Systems gemessen wird. Hier haben sich insbesondere die Rahmenbedingungen zur simultanen Vereinbarkeit von Familie und Beruf⁴ seit der Wiedervereinigung verschlechtert.

Fragt man nach Wünschen an die Familienpolitik, ohne die Finanzierung oder mögliche Zielkonflikte zu thematisieren, sind Ergebnisse wie die vorliegenden wenig verwunderlich: Die Bürger wollen mehr, und zwar am besten von allem. Weil der Aussagewert solcher Befunde begrenzt ist, sind, in der PPAS auch Prioritäten abgefragt. Aus der Liste der familienpolitischen Maßnahmen konnten von den Befragten drei ausgewählt und für diese angegeben werden, ob sie an erster, zweiter oder dritter Stelle durch die Bundesregierung realisiert werden sollten.⁵

Die folgende Auswertung konzentriert sich auf die oberste Priorität, also auf die Häufigkeiten, mit der die einzelnen Maßnahmen an erster Stelle genannt werden. Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass finanzielle Unterstützungsleistungen bevorzugt werden. In Westdeutschland sind 16 % der Meinung, die Bundesregierung sollte am ehesten die Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder senken. 13 % halten eine stärkere finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die ihre Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung vorübergehend aufgeben wollen, für am wichtigsten. Einem beträchtlichen Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat räumen knapp 11 % der westdeutschen Befragten höchste Priorität ein. Auch in den neuen Bundesländern ist die finanzielle Besserstellung von Familien vordringlich. Hier setzen knapp 18 % eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes an erste Stelle, 14 % bevorzugen eine Steuersenkung für Familien und rund 13 % sind der Ansicht, dass ein einkommensabhängiger finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern am wichtigsten ist.

Teilt man die einzelnen Maßnahmen in zwei Gruppen ein, nämlich in finanzielle Leistungen und in Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so ergibt sich folgendes Bild: Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland legt eine Mehrheit von rund 60 % ihre erste Priorität auf eine bessere finanzielle Unterstützung von Familien.⁶ Davon nennen allerdings etwa 40 % an zweiter Stelle eine auf Vereinbarkeit gerichtete Maßnahme. Nur gut 20 % der Befragten bevorzugen bei allen drei Maßnahmen, die am ehesten von der Bundesregierung realisiert werden sollten, finanzielle Leistungen. Auch von den rund 40 %, die an erster Stelle eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wünschen, nennt fast jeder Zweite als weitere Priorität eine finanzielle Maßnahme. Nur gut 10 % sind der Meinung, die Bundesregierung sollte ausschließlich vereinbarkeitsorientierte Maßnahmen umsetzen.

**Tab. 1: Rangfolge familienpolitischer Maßnahmen in West- und Ostdeutschland
(Nennung an erster Stelle, in %)
Ranking of family policy measures in Western and Eastern Germany
(mentioned first, in %)**

	West	Ost
niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder	16,0	14,1
finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange diese klein sind	13,1	8,4
beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat	10,6	17,5
flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	9,8	6,9
finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist	8,8	12,8
bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen	7,2	6,5
bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter	6,6	5,4
bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren	6,2	8,4
mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern	6,0	4,7
Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter vor und nach der Schule und in den Schulferien	5,2	5,5
finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes	3,8	6,2
Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern.	3,4	0,9
starke Verringerung der Ausbildungskosten	3,2	2,7

Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003

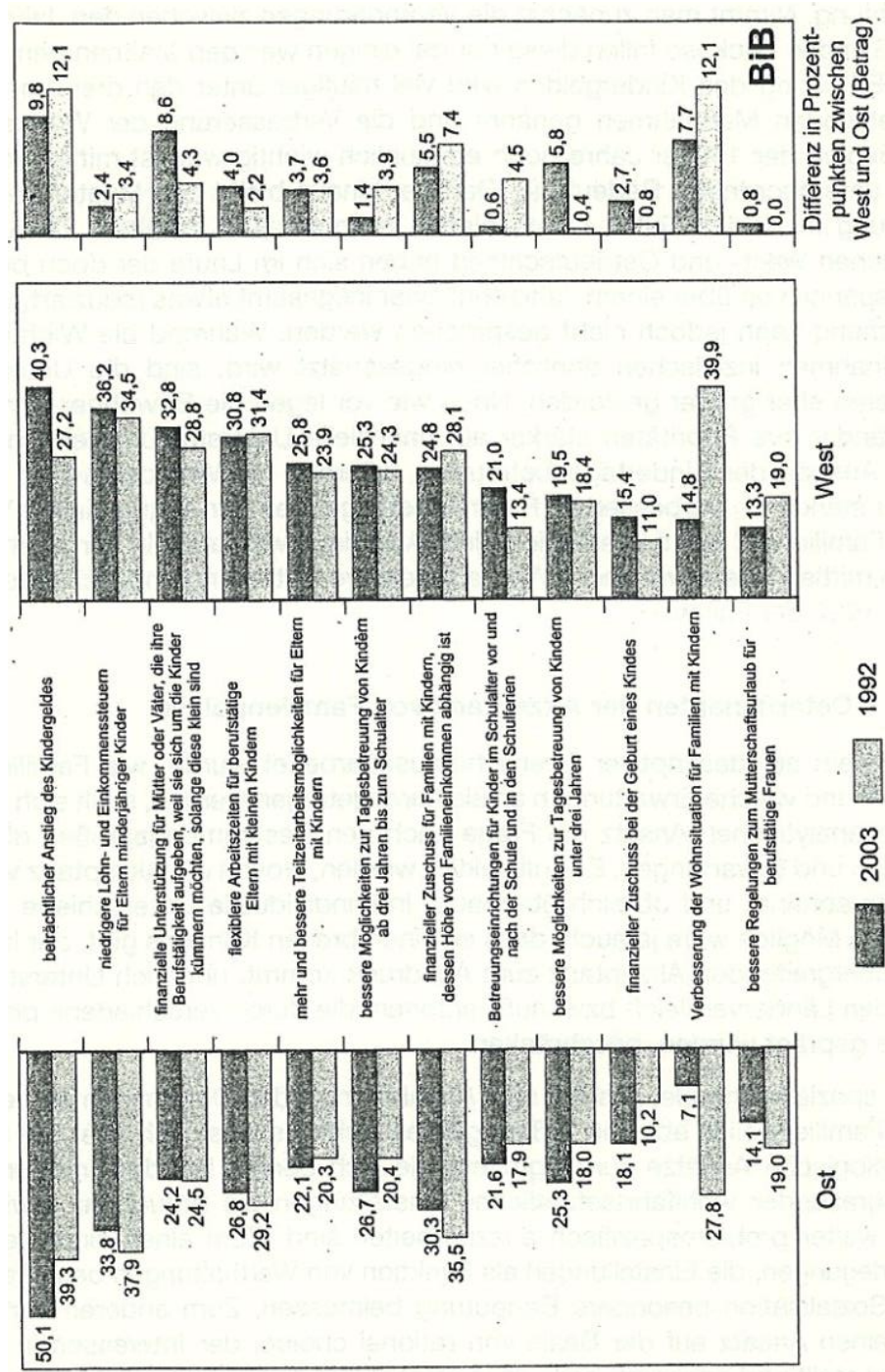
Während also die Bewertung einzelner Maßnahmen durchweg hoch ausfällt und eine Verbesserung der Vereinbarkeit tendenziell stärker befürwortet wird als der Ausbau monetärer Transfers, wird bei einer notwendigen Prioritätensetzung Letzteres bevorzugt. Zwar werden von der Mehrheit der Befragten Maßnahmen aus beiden Bereichen unter den drei am ehesten von der Regierung zu realisierenden Maßnahmen genannt, aber der Schwerpunkt wird auf ökonomische Interventionsformen gelegt. Geld scheint attraktiver zu sein – vermutlich weil dadurch Spielräume für eigene Entscheidungen eröffnet werden. Mehr Geld bietet die Möglichkeit, die Erwerbstätigkeit zugunsten der Kindererziehung zu reduzieren oder zu unterbrechen, kann aber auch für externe Betreuung ausgegeben werden.

Die Population Policy Acceptance Study ist in Teilen eine Wiederholungsbefragung und bietet daher die Möglichkeit des Zeitvergleichs. Weil es sich um eine neue Stichprobe handelt, können Veränderungen zwar nicht auf der Individual-, wohl aber auf der Aggregatebene nachvollzogen werden. Dass gemessene Unterschiede über die Zeit allerdings tatsächlich sozialen Wandel abbilden, setzt eine Kontinuität der Messinstrumente voraus. Im vorliegenden Fall ist dies nur bei der Abfrage der drei wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen gegeben.⁷ Außerdem muss sich der Vergleich auf die Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen beschränken.

In Abbildung 3 ist die Häufigkeit wiedergegeben, mit der eine Maßnahme unter den drei am ehesten durch die Bundesregierung zu realisierenden genannt wird. Der Wert von 33,8 % sagt also zum Beispiel aus, dass im Jahr 2003 von einem Drittel der ostdeutschen Befragten eine Steuersenkung für Eltern minderjähriger Kinder zu

Abb. 3: Rangfolge familienpolitischer Maßnahmen unter den 20- bis 39-Jährigen in West- und Ostdeutschland (Nennung an erster, zweiter oder dritter Stelle, in %)

Fig. 3: Ranking of family policy measures among 20- to 39-year-olds in Western and Eastern Germany (mentioned first, second or third, in %)



Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 1992 (designgewichtet, zum Ausgleich der Disproportionalität bezüglich des Merkmals Geschlecht; vgl. Pohl 1995) und 2003

den drei wichtigsten Maßnahmen gezählt wird. Hierbei ist zu beachten, dass die Wahrscheinlichkeit, unter die ersten drei Rangplätze zu kommen, bei einer rein zufälligen Auswahl bereits 3/12, also 25 % beträgt. Weniger als die absolute Häufigkeit steht jedoch der Vergleich über die Zeit und dabei insbesondere die Frage nach der Annäherung zwischen alten und neuen Bundesländern im Vordergrund der Betrachtung. Nimmt man zunächst die Veränderungen zwischen den Jahren 1992 und 2003 in den Blick, so fallen diese nur bei einigen wenigen Maßnahmen deutlich aus. Die Erhöhung des Kindergeldes wird viel häufiger unter den drei am ehesten umzusetzenden Maßnahmen genannt und die Verbesserung der Wohnsituation, die zu Beginn der 1990er Jahre noch erstaunlich wichtig war, ist mittlerweile nur noch von untergeordneter Bedeutung. Darüber hinaus bleibt das Muster der Prioritätensetzung in beiden Teilen Deutschlands einigermaßen erhalten. Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland haben sich im Laufe der doch beträchtlichen Zeitspanne von über einem Jahrzehnt zwar insgesamt etwas reduziert, von einer Angleichung kann jedoch nicht gesprochen werden. Während die Wichtigkeit einiger Maßnahmen inzwischen ähnlicher eingeschätzt wird, sind die Unterschiede bei anderen eher größer geworden. Nach wie vor legen die Bewohner der neuen Bundesländer ihre Prioritäten stärker auf finanzielle Unterstützungsleistungen und auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung, während die Westdeutschen im Vergleich dazu stärker an verbesserten Rahmenbedingungen zur sequentiellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf interessiert sind. Allerdings wird auch in den alten Bundesländern mittlerweile etwas mehr Wert auf bessere Betreuungsmöglichkeiten gelegt, als dies 1992 der Fall war.

3 Determinanten der Akzeptanz von Familienpolitik

Nachdem auf deskriptiver Ebene herausgearbeitet wurde, wie Familienpolitik bewertet und welche Erwartungen an sie herangetragen werden, stellt sich nun in einem mehr analytischen Ansatz die Frage nach den Bestimmungsgrößen dieser Bewertungen und Erwartungen. Es soll geklärt werden, wovon die Akzeptanz von Familienpolitik abhängt und ob sich überhaupt interindividuelle Unterschiede identifizieren lassen. Möglich wäre ja auch, dass es einen breiten Konsens gibt, der in einer gruppenübergreifenden Akzeptanz zum Ausdruck kommt, und sich Unterschiede daher auf den Ländervergleich bzw. auf Personen, die durch verschiedene politische Systeme geprägt wurden, beschränken.

Eine spezielle Theorie, aus der sich Annahmen zu den Determinanten der Akzeptanz von Familienpolitik ableiten ließen, gibt es nicht. Es lässt sich aber auf allgemeinere soziologische Ansätze zurückgreifen, die sich bereits bei der Erklärung bereichsübergreifender wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen als brauchbar erwiesen haben und weiter problemspezifisch auszuarbeiten sind. Zum einen sind dies normative Überlegungen, die Einstellungen als Funktion von Werthaltungen begreifen und damit der Sozialisation besondere Bedeutung beimessen. Zum anderen handelt es sich um einen Ansatz auf der Basis von rational choice, der Interessen in den Vordergrund stellt und annimmt, dass es in erster Linie der individuelle Nutzen ist, der über die Befürwortung oder Ablehnung politischer Maßnahmen entscheidet.

Zur empirischen Überprüfung der aus diesen theoretischen Ansätzen abgeleiteten Hypothesen wird zunächst auf der bivariaten Ebene nach Unterschieden zwischen

sozialen Gruppen bei der Bewertung familienpolitischer Maßnahmen gesucht. Sodann werden die einzelnen Maßnahmen mittels einer Faktorenanalyse auf wenige dahinter liegende Dimensionen reduziert und als abhängige Variablen in die multivariate Analyse eingebracht. Über das Verfahren der linearen Regression wird schließlich der Einfluss einzelner Erklärungsfaktoren unter Kontrolle der jeweils anderen quantifiziert.

3.1 Theoretische Überlegungen: Wert- versus Interessenorientierungen

Der erste Ansatz zur Erklärung der Akzeptanz von Familienpolitik lässt sich auch als kulturtheoretischer Ansatz bezeichnen. Werte werden hier als die wesentlichen Bestimmungsgrößen sowohl von Einstellungen als auch von Verhalten begriffen. *Rokeach* (1973) z.B. definiert den Begriff des Wertes als zentral verankerten, überdauernden individuellen Glauben, der über Urteile und Handlungen eines Menschen entscheidet. Während Einstellungen themen- bzw. objektspezifisch sind, werden Werte verstanden als generalisierte Überzeugungen davon, was erstrebenswert, wichtig und gut ist. Werte sind Einstellungen damit vor- bzw. übergeordnet. Auch die Einstellungen zur Familienpolitik sind eingebettet in umfassendere Wertezusammenhänge.

Wertorientierungen können individuell wie kulturell ausgeformt sein. Entscheidend ist, dass sie im Verlauf der Sozialisation erworben werden und über den weiteren Lebensverlauf hinweg mehr oder weniger stabil bleiben.⁸ Damit lassen sich sowohl Ost-West-Unterschiede begründen als auch Unterschiede zwischen sozialen Gruppen, die eine differentielle Sozialisation erfahren haben.

Die Bürger der alten und der neuen Bundesländer leben heute zwar im selben Wohlfahrtsstaat, ihre Vergangenheit ist aber durch sehr unterschiedliche politische Systeme geprägt gewesen. In der ehemaligen DDR hat der Staat eine dominante Rolle gespielt und ein hohes Ausmaß an familienpolitischer Aktivität entfaltet. Besonders die ökologische Form familienpolitischer Intervention⁹ war stark ausgeprägt. In der alten Bundesrepublik hingegen hat der Staat die Familie zwar gefördert, nicht aber ihre Aufgaben übernommen. Dem Prinzip der Subsidiarität folgend wurden familienpolitische Maßnahmen vielmehr als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden. Diese unterschiedlichen Erfahrungen wirken bis heute nach und drücken sich in höheren Erwartungen der Ostdeutschen an die Familienpolitik aus, wie die deskriptiven Auswertungen bereits gezeigt haben.

Die interindividuelle Variation von Werthaltungen wird darüber hinaus mit dem Aufwachsen in unterschiedlichen Generationen sowie in unterschiedlichen sozialen Milieus erklärt. Nach der wohl prominentesten Theorie des Wertewandels von *Inglehart* (1977) zeichnen sich die jüngeren Generationen durch eine hohe Bewertung immaterieller Aspekte des Daseins aus, während den älteren ein ausgeprägtes materielles Sicherheitsdenken eigen ist. Als Ursache dafür wird genannt, dass sich unter Bedingungen von Knappheit und Mangel (wie sie in Deutschland in den 1940er bis in die 1960er Jahre hinein herrschten) eher materialistische Werte herausbilden, während in einer Gesellschaft des Überflusses (seit den 1970er Jahren) postmaterialistische Orientierungen internalisiert werden. Während das Alter also als Indikator generationenspezifischer Sozialisationserfahrungen fungiert, werden besonders Bildung, aber auch Religiosität und Geschlecht als Indikatoren gruppen- bzw. milieu-

spezifischer Sozialisationserfahrungen herangezogen. Welche Wertvorstellungen sich in Abhängigkeit der Ausprägungen dieser Merkmale jeweils herausbilden, bleibt jedoch meist offen.

Weitgehend unklar ist auch, welche Werte nun zu einer positiven oder negativen Einstellung zum Wohlfahrtsstaat bzw. zur Familienpolitik führen. So wird z.B. im Hinblick auf *Ingleharts* Theorie einerseits eine Kompatibilität postmaterialistischer Wertvorstellungen mit wohlfahrtsstaatlicher Intervention unterstellt (z.B. *Klein/Schilling* 1994: 623). Andererseits wird die These formuliert, dass die materialistische Orientierung der Älteren mit Idealen gemeinschaftlicher Solidarität und kollektiver Verantwortung einhergeht, der Postmaterialismus der Jüngeren hingegen mit Individualismus und einer geringeren Akzeptanz staatlicher Eingriffe. Auch im Hinblick auf den sozialisatorischen Einfluss der Bildung lassen sich keine eindeutigen Erwartungen formulieren (vgl. *Andreß et al.* 2001:43). Insgesamt ist daher mit *Ullrich* (2000) davon auszugehen, „dass es hier keine einfachen Entsprechungsverhältnisse gibt, dass also positive und negative Akzeptanzurteile gegenüber jedem wohlfahrtsstaatlichen Aspekt mit unterschiedlichen Werten begründet werden können und dass zugleich ein und dieselbe Wertorientierung zu unterschiedlichen Akzeptanzurteilen führen kann“ (ebd.: 10). Auch die bisherigen empirischen Studien bestätigen dieses wenig einheitliche Bild. Entweder können keine oder nur sehr schwache Zusammenhänge nachgewiesen werden oder die Befunde sind widersprüchlich.

Es wäre jedoch falsch, hieraus vorschnell auf eine geringe Bedeutung normativer Orientierungen für die Akzeptanz von Familienpolitik zu schließen. Vielmehr erscheint es angebracht, spezifischere Werte in den Blick zu nehmen und differenziertere Indikatoren zu verwenden. Statt das Alter als Indikator generationenspezifischer Sozialisationserfahrungen heranzuziehen, wird hier die direktere Operationalisierung mittels des *Inglehart*-Index gewählt. Statt der Zugehörigkeit zu einer Konfession wird Religiosität über die subjektive Bedeutung von Religion im Alltag gemessen. Dahinter steht die Annahme, dass die Konfessionszugehörigkeit heute oft rein nominell ist und nichts Wesentliches mehr über religiöse und andere Werthaltungen aussagt. Und schließlich werden hier nicht nur globale Wertorientierungen als erklärende Variablen in die Analyse einbezogen, sondern vielmehr familienbezogene Werte. Sie dürften in einem deutlichen Zusammenhang mit der Akzeptanz von Familienpolitik stehen und auch die Richtung des Einflusses ist klar: Je höher Familie und Kinder bewertet werden, desto stärker müsste die Befürwortung familienpolitischer Maßnahmen ausfallen. Andererseits dürften Personen mit hoher Berufsorientierung bzw. mit ausgeprägten erwerbs- und karrierebezogenen Wertvorstellungen tendenziell negativere Akzeptanzurteile fällen.

Darüber hinaus spielt es für den Einfluss von Werten auf die Einstellungen zur Familienpolitik vermutlich eine Rolle, um welche Formen der familienpolitischen Intervention es sich handelt. So dürfte eine hohe Berufs- und niedrige Familienorientierung sowie eine postmaterialistisch und liberal geprägte Werthaltung eher mit der Befürwortung vereinbarkeitsorientierter Maßnahmen einhergehen, insbesondere solcher, die auf eine Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie abzielen. Personen mit eher familialistischen, materialistischen und religiösen Wertorientierungen hingegen dürften der finanziellen Unterstützung von Familien stärker zustimmen und auch Maßnahmen, die auf eine Einschränkung der Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung abzielen.

Aus der Perspektive von rational choice wird die Akzeptanz von Familienpolitik weniger von Wert- als vielmehr von Interessenorientierungen determiniert. Statt auf Überzeugungen oder komplexen Ideologien beruhen Einstellungen auf Kosten- Nutzen-Kalkülen und haben durchaus instrumentellen Charakter. Soll heißen: Für gut befunden wird das, was einem selbst dienlich ist und Vorteile verschafft. So werden z.B. Geschlechterunterschiede in der Bewertung veränderter Rollen von Mann und Frau auf den unterschiedlichen Nutzen zurückgeführt, den die jeweils Betroffenen davon haben: Frauen sind der Liberalisierung der Geschlechterrollen gegenüber positiver eingestellt als Männer, weil sie die Gewinnerinnen dieser Entwicklung sind (*Knudsen/Wærness* 1999).

Bei der Bewertung politischer Maßnahmen dürften eigene Interessen besonders zum Tragen kommen. Hier kann die einfache Hypothese formuliert werden, dass Zustimmung von denjenigen kommt, die von der betreffenden Maßnahme profitieren, wohingegen Ablehnung von denen zu erwarten ist, die keine Leistungen in Anspruch nehmen, diese über Steuern und Abgaben aber mitfinanzieren. Dahinter stehen nicht zuletzt konflikttheoretische Überlegungen. In ihrer Analyse zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates greifen z.B. *Klein/Schilling* (1994) auf diesen Ansatz zurück und führen aus, dass redistributive Politiken mit einem hohen Konfliktpotential behaftet sind, weil daraus für einige Gruppen Vorteile entstehen, die zu Lasten anderer gehen. Vor allem das unmittelbare Eigeninteresse als Leistungsempfänger wirkt sich positiv auf Akzeptanzurteile aus. Auch von denjenigen, die einem relativ hohen Risiko ausgesetzt sind, in Zukunft auf staatliche Hilfen angewiesen zu sein, ist ein hohes Maß an Akzeptanz zu erwarten. Privilegierte Gruppen hingegen dürften dem Wohlfahrtsstaat weniger positiv gegenüberstehen, da er für sie finanzielle Belastung bedeutet. Gleichzeitig nehmen sie dessen Leistungen am wenigsten in Anspruch. Die sozialstaatliche Entwicklung findet also im Spannungsfeld unterschiedlicher Gruppeninteressen statt.

Bezogen auf die Bewertung von Familienpolitik lassen sich daraus recht klare Erwartungen ableiten: Das höchste Maß an Akzeptanz dürfte bei denjenigen zu finden sein, die familienpolitische Leistungen beziehen, also vor allem bei Eltern von noch nicht erwachsenen Kindern. Eltern, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben und vor allem Kinderlose hingegen dürften der Familienpolitik weniger positiv gegenüberstehen. Bei den Kinderlosen ist allerdings danach zu differenzieren, ob der Verzicht auf Kinder endgültig ist oder ein vorhandener Kinderwunsch nur noch nicht realisiert ist. Auch prospektive Eltern haben ja ein persönliches Interesse an familienpolitischen Maßnahmen.

Neben dem Leistungsempfang dienen auch verschiedene sozioökonomische Merkmale als Indikatoren von Interessenlagen. Besonders das Einkommen, aber auch Bildung und der Umfang der Erwerbstätigkeit dürften in einem negativen Zusammenhang mit der Akzeptanz von Familienpolitik stehen. Wer selbst über ausreichende materielle Ressourcen verfügt, ist weniger auf staatliche Unterstützung angewiesen und wird entsprechenden Formen der Intervention daher vermutlich weniger zustimmen. Die Einstellungen zur Familienpolitik werden hier also als Produkt der wirtschaftlichen Lage des Einzelnen und den mit dieser Lage verbundenen Interessen konzeptualisiert (vgl. auch *Andreß et al.* 2001: 45ff.).

Konkrete Erwartungen lassen sich aus dieser Argumentation heraus auch bezüglich soziodemographischer Merkmale ableiten. Von Frauen ist eine höhere Akzeptanz

von Familienpolitik zu erwarten als von Männern, weil sie von den entsprechenden Leistungen stärker profitieren. Einige Maßnahmen, wie z.B. der Mutterschaftsurlaub, richten sich ausschließlich an Frauen, durch die meisten anderen werden vornehmlich Frauen entlastet. Sie sind es ja, die sich in der Regel um die Erziehung der Kinder kümmern und dafür ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder vorübergehend aufgeben. Das Alter dürfte einen negativen Einfluss auf die Bewertung von Familienpolitik aufweisen, der sich vornehmlich lebenszyklisch erklärt. Die Jüngeren haben die Familiengründung noch vor sich und sind damit die potentiellen Leistungsempfänger der Zukunft oder sind als junge Familien besonders auf staatliche Unterstützung angewiesen. In höherem Alter hingegen sind die Kinder, sofern überhaupt welche vorhanden sind, bereits relativ selbständig oder haben den elterlichen Haushalt schon verlassen, so dass familienpolitische Leistungen kaum oder gar nicht mehr in Anspruch, genommen werden.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass sich die Stärke der Zusammenhänge vermutlich nach der Form der familienpolitischen Intervention unterscheidet. Maßnahmen, die keine oder nur sehr geringe Kosten verursachen, dürften auf breite Akzeptanz stoßen. Ein Beispiel hierfür ist die Forderung nach flexibleren Arbeitszeiten für berufstätige Eltern. Bei sozialstaatlichen Leistungen, die Umverteilung betreiben, sind hingegen deutlichere Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu erwarten. Hier dürfte eine stärkere Polarisierung zwischen (potentiellen) Empfängern und Nicht-Empfängern auftreten.

Nach den Ergebnissen der bisherigen Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates ist die Erklärungskraft von Interessenorientierungen höher einzuschätzen als die von Wertorientierungen. Zwar kann in einigen Studien kein oder nur ein geringer Einfluss von Indikatoren der Interessenlage nachgewiesen werden (vgl. zum Überblick *Ullrich* 2000: 7), bei einer Prüfung der Ansätze gegeneinander spricht jedoch mehr für die Relevanz des Eigeninteresses. So kommen z.B. *Andreß et al.* (2001) zu dem Schluss, „dass Sozialisationseffekte zwar die Ausprägung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen beeinflussen, dass der maßgebliche Einfluss jedoch von Interesseneffekten ausgeht“ (ebd.: 150). Auch *Klein/Schilling* (1994) können einen „Zusammenhang zwischen individuellem Nutzen, und der Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat“ (ebd.: 627) bestätigen. Inwieweit diese Einschätzungen zutreffen und auch für die Akzeptanz von Familienpolitik gelten, wird im Folgenden zu zeigen sein.

3.2 Methodische Bemerkungen

Im Gegensatz zur Deskription erfolgt die bivariate Analyse nicht mehr nach alten und neuen Bundesländern getrennt. Zusätzlich durchgeführte Berechnungen haben gezeigt, dass sich die Muster der Zusammenhänge nur wenig voneinander unterscheiden. In die multivariate Analyse fließt der Landesteil aber selbstverständlich als unabhängige Variable mit ein. Dadurch kann geklärt werden, ob die bisher berichteten Ost-West-Unterschiede signifikant sind und auch nach Kontrolle weiterer Einflussgrößen erhalten bleiben.

Um den Erklärungswert der unter Punkt 3.1 diskutierten theoretischen Ansätze zu überprüfen, werden zwei Gruppen von unabhängigen Variablen in die Analyse eingebracht. Es handelt sich dabei zum einen um Indikatoren allgemeiner und spezi-

fischer Werthaltungen und zum anderen um Indikatoren für Interessenlagen. Sowohl Wert- als auch Interessenorientierungen sind theoretische Konstrukte und als solche nicht direkt beobachtbar. Sie müssen vielmehr operationalisiert werden, was hier unter Verwendung multipler Indikatoren geschieht. Deren Auswahl und Spezifikation erfolgt in Anlehnung an bisherige Forschungsarbeiten.

Als Indikatoren allgemeiner Werthaltungen dienen der *Inglehart*-Index sowie die Religiosität. Der *Inglehart*-Index ist ein häufig eingesetztes Instrument zur Erfassung von materialistischen versus postmaterialistischen Werten (*Inglehart* 1977). Dabei werden den Befragten vier politische Ziele vorgegeben, die sie der Wichtigkeit nach in eine Reihenfolge bringen sollen. Unterschieden werden reine Materialisten, für die Stabilität und materielle Sicherheit im Vordergrund steht, Postmaterialisten, die sich durch immateriell geprägte Werthaltungen auszeichnen, sowie Mischtypen. Religiosität wird über die subjektive Bedeutung von Religion im Alltag und nicht über die formale Zugehörigkeit zu einer Konfession gemessen (vgl. Punkt 3.1). Die Befragten konnten auf einer 4-stufigen Skala angeben, welche Rolle die Religion in ihrem Leben spielt.

Spezifische Werte, deren Einfluss auf die Akzeptanz von Familienpolitik besonders plausibel ist, werden über die Familienorientierung, die Berufsorientierung sowie über den Wert von Kindern operationalisiert. Sowohl die Familien- als auch die Berufsorientierung basieren auf einer Item-Batterie zur Erfassung von „terminal values“, die auf *Rokeach* (1973) zurückgeht. Damit sind grundlegende Werte gemeint, die sich auf Ziele im Leben beziehen, so z.B. in einer harmonischen Partnerschaft zu leben oder im Beruf Karriere zu machen. Die Auswahl und Bündelung des jeweils relevanten Items geschieht mittels einer Faktorenanalyse. Hierbei handelt es sich um ein Verfahren, dass die Zusammenhänge unter einer Vielzahl von Ausgangsvariablen mittels einiger weniger Variablen zu repräsentieren versucht (z.B. *Backhaus et al.* 2000). Dazu werden „hinter“ den Ausgangsvariablen stehende Größen ermittelt, die nicht direkt beobachtbar sind, auf die sich aber die Korrelationen der Ausgangsvariablen untereinander zurückführen lassen. Auf diesem Weg wurden aus den insgesamt 16 Items 4 ausgewählt, 10 die hoch auf eine latente Hintergrunddimension laden und das Konstrukt Familienorientierung abbilden.¹¹ Daraus wurde ein einfacher Summenindex gebildet, der mit $\alpha=0,72$ eine ausreichend hohe Skalenreliabilität aufweist.¹² Der Indikator für berufs- und karrierebezogene Wertvorstellungen wurde aus 3 Items gebildet,¹³ die ebenfalls über eine Faktorenanalyse ermittelt wurden. Der sich daraus ergebende Summenindex weist mit $\alpha=0,60$ zwar eine relativ niedrige, aber durchaus akzeptable Reliabilität auf. Die Berufsorientierung stellt damit wohlgerne eine eigenständige Dimension dar, die der Familienorientierung nicht diametral entgegensteht. Stark ausgeprägte berufsbezogene Werthaltungen können auch mit einer hohen Familienorientierung einhergehen, und umgekehrt. Der Wert von Kindern schließlich basiert auf einer Batterie von 8 Items, mit der die emotionale Bedeutung von Kindern erfasst wird. Davon wurden 5 hoch auf einen Faktor ladende Items ausgewählt¹⁴ und zu einer Skala aufaddiert, deren interne Konsistenz mit $\alpha=0,84$ hoch ist.

Interessenorientierungen lassen sich einmal indirekt aus soziodemographischen und -ökonomischen Merkmalen ableiten sowie direkt aus der konkreten Lebenssituation. Zu den soziodemographischen Merkmalen zählen Alter und Geschlecht,

als sozioökonomische Merkmale werden Bildung, Einkommen sowie der Umfang der Erwerbstätigkeit herangezogen. Bildung wird dabei nicht nur über die Schulbildung operationalisiert, vielmehr findet auch der berufliche Abschluss Berücksichtigung.¹⁵ Als niedrig gebildet zählen diejenigen, die höchstens über den Realschulabschluss, nicht aber über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Eine mittlere Bildung wird über die Fachhochschulreife bzw. das Abitur oder über den Abschluss einer Lehre erreicht. Als hoch gebildet wird klassifiziert, wer über einen Meister-, Techniker- bzw. gleichwertigen Fachschulabschluss oder über einen (Fach-)Hochschulabschluss verfügt. Zur Messung des Einkommens wird das personenbezogene Äquivalenzeinkommen herangezogen. Dies setzt das in der PPAS erfasste Haushaltsnettoeinkommen in Relation zur Haushaltsgröße und berücksichtigt, dass Haushalte mit mehreren Personen effizienter wirtschaften können als Einpersonenhaushalte. Zu diesem Zweck wird die Anzahl der Personen im Haushalt mit dem Faktor 0,7 potenziert. Das Problem, dass in der PPAS nur Einkommensklassen erfasst sind, wird gelöst, indem die Klassen durch die jeweilige Klassenmitte ersetzt werden.¹⁶ Beim Umfang der Erwerbstätigkeit wird differenziert nach Vollzeit, Teilzeit und gar nicht erwerbstätig.

Die Lebensform als Indikator für das Eigeninteresse als (potentieller) Leistungsempfänger differenziert in erster Linie nach dem Vorhandensein von Kindern. Bei denjenigen, die Kinder haben, wird weiterhin danach unterschieden, ob diese noch im elterlichen Haushalt leben oder bereits ausgezogen sind. Bei den Kinderlosen wird zusätzlich der Kinderwunsch berücksichtigt, um die potentiellen zukünftigen Empfänger von Leistungen von denjenigen zu unterscheiden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nie zu den Nutznießern von Familienpolitik zählen (vgl. Punkt 3.1).

Die Item-Batterie zur Erfassung der Akzeptanz von Familienpolitik wird mittels einer Faktorenanalyse auf zwei dahinter liegende Dimensionen reduziert, die dann als abhängige Variablen in die Analyse eingehen. Aus der kompletten Item-Batterie wurden zunächst 8 Items ausgewählt, die sich als bündelungsfähig erwiesen haben. Sie stehen in engem Zusammenhang mit einigen der übrigen Items und lassen sich dadurch sinnvoll gruppieren, außerdem kann ein großer Anteil ihrer Varianz durch die gefundenen Faktoren erklärt werden.¹⁷ Für Deutschland insgesamt ergibt sich auf dieser Basis eine klare und eindeutig interpretierbare 2-Faktoren-Lösung: In der rotierten Komponentenmatrix laden 5 Items mit Werten zwischen 0,68 und 0,78 hoch auf den ersten Faktor, die restlichen 3 Items werden mit Ladungen zwischen 0,76 und 0,85 dem zweiten Faktor zugeordnet. Zusammen erklären die beiden Faktoren 62 % der Varianz aller Ausgangsvariablen. Inhaltlich bezieht sich der erste Faktor auf die Bewertung finanzieller Maßnahmen der Familienpolitik, der zweite Faktor umfasst die Bewertung von Angeboten zur Kindertagesbetreuung.¹⁸ Für die weitere multivariate Analyse werden die zu einem Faktor gehörenden Items zu einem Summenindex aufaddiert (vgl. Tab 2), und zwar so, dass hohe Werte hohe Akzeptanz bedeuten. Die Reliabilität dieser Indizes ist mit $\alpha=0,81$ bzw. $\alpha=0,78$ als gut zu bewerten. Auf die Faktorwerte als abhängige Variablen wurde bewusst verzichtet, weil deren Interpretation weitaus schwieriger ist.

Als multivariates Verfahren zur Bestimmung der Determinanten der Akzeptanz von Familienpolitik wird die lineare Regression gewählt (z.B. *Backhaus et al.* 2000). Diese wird getrennt für die beiden Dimensionen der Akzeptanz, also für die Akzeptanz

Tab. 2: Summenindizes zur Abbildung der zwei Dimensionen der Akzeptanz von Familienpolitik
Sum indices portraying the two dimensions of acceptance of family policy

	Summenindex zum Faktor „finanzielle Maßnahmen“	Summenindex zum Faktor „Kinderbetreuung“
Wertebereich	5 – 25	3 – 15
Mittelwert	20,69	12,65
Median	21	13
Modus	25	15
Standardabweichung	3,63	2,17
Cronbach's Alpha (Skalenreliabilität)	0,81	0,78
N	4062	4062

Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003, designgewichtet

finanzieller Maßnahmen und die Akzeptanz öffentlicher Kinderbetreuung, durchgeführt. Von der Linearität der Beziehungen zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen kann in allen Fällen grundsätzlich ausgegangen werden. Nichtmetrisch skalierte unabhängige Variablen werden als 0/1-codierte Dummy-Variablen in die Analyse eingebracht. Generell werden nur diejenigen Variablen als erklärende Variablen in die verschiedenen Modelle aufgenommen, für die in der vorab durchgeführten bivariaten Analyse ein signifikanter Zusammenhang mit der abhängigen Variablen ermittelt werden konnte.

3.3 Ergebnisse

In Tabelle 3 werden zunächst auf deskriptiver Basis die Unterschiede zwischen sozialen Gruppen in der Bewertung familienpolitischer Maßnahmen beleuchtet. Dargestellt ist der Anteil an Personen, der „sehr dafür“ ist, die jeweils genannte Maßnahme einzuführen. Die erwarteten Zusammenhänge können dabei weitgehend bestätigt werden: Sowohl soziodemographische und -ökonomische Merkmale, die Lebensform, als auch verschiedene Indikatoren der Werteorientierung stehen in einem Zusammenhang mit der Akzeptanz von Familienpolitik. Besonders deutlich sind die Unterschiede zwischen Einkommensgruppen, zwischen den verschiedenen Lebensformen sowie zwischen denen, die sich durch unterschiedliche familienbezogene Wertvorstellungen auszeichnen. Allgemeine Wertorientierungen scheinen hingegen für die Bewertung familienpolitischer Maßnahmen keine große Rolle zu spielen. Außerdem erfahren finanzielle Maßnahmen tendenziell eine kontroversere Bewertung als solche, die auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerichtet sind.

Zu den Befunden im Einzelnen: Frauen stimmen dem Ausbau familienpolitischer Leistungen durchgängig stärker zu als Männer, besonders was die vereinbarkeitsorientierten Maßnahmen anbelangt. Dies spricht für die Relevanz von Interessenorientierungen. Frauen profitieren generell mehr von Familienpolitik als Männer und in Bezug auf verbesserte Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist der geschlechtsspezifische Nutzen besonders ausgeprägt. Hier-

Tab. 3: Gruppenunterschiede in der Bewertung familienpolitischer Maßnahmen (starke Zustimmung zur Einführung der jeweiligen Maßnahme, in %)^a
Group differences in the assessment of family policy measures (strong approval of introducing the respective measures, in %)

	Geschlecht		Alter in Jahren				Bildung			Äquivalenzeinkom. (personenbez. in Euro)			Erwerbsstatus	
	Männer	Frauen	20-29	30-39	40-49	50-65	niedrig	mittel	hoch	unter 700	700 – 1399	1400 +	Voll- zeit	Teil- zeit nicht erw.
<i>finanzielle Maßnahmen</i>														
niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder	44,6	53,2	46,5	55,4	51,2	43,5	54,7	50,0	46,8	54,8	52,2	41,1	48,2	47,9
finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist	41,0	48,7	45,9	47,8	46,8	40,5	53,5	45,6	41,9	53,8	48,5	33,9	42,3	45,9
finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes	35,4	41,4	39,3	42,0	38,3	35,2	51,5	41,1	31,6	47,7	42,6	28,1	36,9	41,3
finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange diese klein sind	39,6	49,1	48,0	50,1	44,8	37,3	57,5	44,8	41,1	50,4	47,2	35,6	42,5	45,0
beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat	37,4	46,2	46,5	48,1	44,7	32,0	54,4	43,7	35,7	52,3	46,4	29,6	40,2	41,6
starke Verringerung der Ausbildungskosten	34,0	41,7	36,9	41,2	39,2	34,8	45,8	40,4	31,8	45,1	42,1	27,0	36,5	38,8
Verbesserung der Wohnsituation für Familien	32,3	42,2	37,9	42,8	35,7	33,6	50,4	40,0	28,3	45,1	40,6	27,2	35,3	39,3
<i>auf Vereinbarkeit gerichtete Maßnahmen:</i>														
bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen	33,4	49,2	46,3	44,2	41,4	36,1	47,1	40,9	39,7	48,9	42,9	34,6	37,6	43,0
bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren	40,4	49,1	48,9	48,7	42,9	40,7	53,0	45,2	42,7	48,0	48,1	38,8	43,5	46,8
bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter	43,0	51,5	47,4	51,1	47,5	43,8	49,6	47,0	48,5	50,0	49,4	43,6	46,1	48,5
Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter vor und nach der Schule und in den Schulferien	34,6	44,6	37,9	45,5	38,7	36,5	42,3	41,5	37,5	46,6	42,4	32,3	37,4	42,6
mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern	44,4	57,9	50,3	56,9	51,9	46,5	50,9	52,3	51,0	55,2	54,5	43,8	46,8	53,0
flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	42,6	55,7	47,2	55,0	50,8	44,5	49,3	49,6	49,7	52,5	52,4	42,0	46,2	51,7

Fortsetzung Tab. 3

Lebensform ^b					Inglehart-Index			Wichtigkeit von Religion		familienbezogene Wertvorstellung			berufs-/karrierebezogene Wertvorstellungen			Wert von Kindern			
kinderlos	Kind(er)		Kind(er) im HH		Materialist	Mischtyp	Postmaterialist	niedrig	hoch	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch	
	mit Kw	außer Haus	mit P	ohne P															
ohne Kw	28,8	51,7	45,8	61,3	64,2	43,0	50,9	51,0	47,4	53,0	26,5	41,6	60,7	50,2	46,3	55,5	38,2	48,4	63,0
	28,4	50,0	43,1	51,9	59,9	42,4	45,7	47,1	43,8	47,4	23,3	38,3	55,4	43,6	42,1	55,1	36,9	43,9	56,3
	24,8	40,3	38,4	44,9	49,3	45,5	39,1	30,6	38,5	38,5	25,6	31,5	47,5	38,9	34,2	50,4	27,0	37,8	53,3
	30,2	52,6	39,0	54,7	54,8	42,6	45,1	43,9	41,5	51,3	22,3	37,6	55,3	45,2	40,5	54,9	34,5	43,2	58,4
	24,9	47,5	35,8	55,1	49,8	41,9	43,2	39,5	41,1	43,7	26,5	34,6	51,9	40,8	38,7	52,5	32,8	40,4	55,1
	23,6	37,4	36,3	45,7	50,6	42,9	37,5	35,2	37,2	39,7	18,7	30,1	48,8	37,1	33,4	51,8	29,2	37,0	49,7
	26,5	36,9	33,9	43,6	48,5	40,8	36,6	35,9	36,2	40,2	18,7	30,3	47,4	39,0	32,7	49,1	29,9	35,3	49,4
	27,0	51,5	37,4	46,5	56,1	37,7	42,0	43,9	40,2	44,4	20,1	33,7	52,7	39,0	38,6	52,7	35,7	38,5	52,4
	36,3	50,7	42,7	47,6	53,7	44,5	44,8	45,6	46,5	40,6	24,5	40,1	53,5	40,8	43,2	54,6	40,7	42,0	54,3
	38,2	51,3	45,7	50,6	58,1	45,6	46,5	52,3	47,9	45,6	28,4	40,7	57,3	42,4	45,8	58,4	44,1	44,4	56,0
	29,4	38,1	39,7	44,4	53,7	39,4	39,2	42,7	40,8	36,9	24,2	31,7	50,0	36,9	37,1	50,8	35,8	37,6	47,6
	36,1	53,3	46,8	60,2	66,2	48,3	50,5	57,8	48,5	57,5	28,7	43,2	63,4	53,1	47,5	60,1	44,9	50,4	60,0
	36,0	52,2	44,0	57,8	65,2	46,1	48,8	55,5	48,0	52,4	27,1	41,3	61,3	49,1	45,5	60,3	45,0	47,1	57,6

^a zur Bildung der unabhängigen Variablen vgl. Text (Punkt 3.2)

^b als Kinder zählen eigene Kinder, einschl. Stief- und Adoptivkinder; bei den Kinderlosen sind Personen mit unsicherem Kinderwunsch aus der Analyse ausgeschlossen, kinderlose Frauen im Alter von über 45 Jahren sind den Kinderlosen ohne Kinderwunsch zugerechnet; 'Kw' steht für Kinderwunsch, 'P' steht für Partner

Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003, designgewichtet

von profitieren fast ausschließlich Frauen, während die monetären Leistungen beiden Geschlechtern zu Gute kommen. Der Einfluss des Alters scheint vom Vorhandensein von Kindern moderiert zu sein. Die Akzeptanz von Familienpolitik ist in der Altersgruppe am stärksten ausgeprägt, in der auch die aktive Elternschaft am weitesten verbreitet ist, nämlich bei den 30- bis 39-Jährigen. Das geringste Ausmaß an Zustimmung findet sich bei den 50- bis 65-Jährigen, obwohl gerade diese Altersgruppe aus der Sicht normativer Ansätze mit eher traditional und familialistisch geprägten Wertvorstellungen assoziiert wird. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen variieren mit der Form der familienpolitischen Intervention. Bei den finanziellen Maßnahmen findet sich die höchste Akzeptanz unter den niedrig Gebildeten, während die meisten der vereinbarkeitsorientierten Maßnahmen von allen Gruppen gleichermaßen befürwortet werden. Erwartungsgemäß steht auch das Einkommen besonders mit der Bewertung finanzieller Leistungen in einem negativen Zusammenhang. Aber auch bei ökologischen Formen der Intervention ist die Akzeptanz in der höchsten Einkommensgruppe am geringsten ausgeprägt. Was den Umfang der Erwerbstätigkeit anbelangt, so findet sich eine positive Sichtweise auf Familienpolitik vor allem unter den Teilzeit Arbeitenden. Sehr wahrscheinlich handelt es sich dabei allerdings weniger um einen direkten als vielmehr um einen Effekt der familiären Situation, die mit dem Erwerbsstatus verknüpft ist. Eingeschränkt erwerbstätig sind ja vor allem diejenigen, die Kinder zu versorgen haben.

Die Lebensform steht in einem deutlichen Zusammenhang mit der Bewertung von Familienpolitik. Das Vorhandensein von Kindern reicht dabei jedoch als Kriterium zur Differenzierung von Lebensformen nicht aus. Vielmehr erweist sich für Kinderlose der Kinderwunsch als außerordentlich bedeutsam und bei Eltern spielt es eine Rolle, ob die Kinder noch im Haushalt leben oder bereits ausgezogen sind. Am geringsten ist die Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen den Erwartungen entsprechend bei denjenigen ausgeprägt, die keine Kinder haben und auch keine Kinder wollen. Sie haben kein persönliches Interesse an Familienpolitik und stimmen daher nur zu einem relativ geringen Anteil der Einführung entsprechender Maßnahmen zu. Eine etwas breitere Zustimmung findet sich unter denen, deren Kinder bereits erwachsen sind. Auch sie haben kein unmittelbares Eigeninteresse an familienpolitischen Leistungen, wissen aber aus eigener Erfahrung um deren Nutzen. Am ausgeprägtesten ist die Akzeptanz bei Eltern mit Kindern im Haushalt. Sie sind die Leistungsempfänger und damit die direkten Profiteure von Familienpolitik. Differenziert man hier weiter nach dem Vorhandensein eines Partners, so zeigen sich in der Gruppe der Alleinerziehenden die höchsten Anteile an Zustimmung überhaupt. Aufgrund der besonderen Lebenssituation ist ihr Bedarf an staatlicher Unterstützung offenbar groß, sowohl was das Finanzielle als auch was die Kinderbetreuung anbelangt.

Bei den Indikatoren allgemeiner Wertorientierungen sind die Gruppenunterschiede in der Akzeptanz familienbezogener Politiken eher gering. Der *Inglehart*-Index erweist sich nur bei einzelnen Maßnahmen als relevant, z.B. bei der Frage nach einem finanziellen Zuschuss bei der Geburt eines Kindes. Religiosität steht hauptsächlich mit der Bewertung finanzieller Leistungen in einem positiven Zusammenhang. Maßnahmen hingegen, die auf die Parallelität von Beruf und Familie abzielen, finden bei weniger religiösen Personen größeren Zuspruch.

Erheblichen Einfluss auf die Beurteilung von Familienpolitik haben spezifische Werte. Je ausgeprägter die Familienorientierung und je höher die Wertschätzung von

Kindern, desto positiver werden sämtliche Maßnahmen beurteilt. Die Unterschiede zwischen den Gruppen belaufen sich dabei auf bis zu 35 %-Punkte. Differenziert man nach den berufs- bzw. karrierebezogenen Wertvorstellungen, so ist die Sichtweise auf Familienpolitik am positivsten unter denjenigen, die sich stark am Beruf orientieren. In Bezug auf die vereinbarkeitsorientierten Maßnahmen entspricht dies den aus der Theorie abgeleiteten Erwartungen. Eher erstaunlich ist, dass dies auch für ökonomische Formen der Intervention gilt. Allerdings werden diese auch von den weniger Berufsorientierten in relativ großem Umfang befürwortet und die niedrigste Akzeptanz findet sich hier in der mittleren Kategorie.

Bevor nun die Variablen als Prädiktoren in die multivariate Analyse einfließen, werden die Unterschiede zwischen den Gruppen auf ihre Signifikanz hin überprüft. Als abhängige Variablen dienen dabei nicht mehr die einzelnen Items, sondern die beiden über die Faktorenanalyse ermittelten Dimensionen der Akzeptanz von Familienpolitik, für die jeweils ein Summenindex gebildet wurde (vgl. Punkt 3.2). Durchgeführt wurden sowohl parametrische als auch nicht-parametrische Signifikanztests, weil die Normalverteilungsannahme bezüglich der abhängigen Variablen nicht als erfüllt gelten kann. Die Ergebnisse sind in Tabelle 6 des Anhangs wiedergegeben und werden hier nicht weiter kommentiert. Als Konsequenz wird lediglich der *Inglehart*-Index aus den weiteren Berechnungen ausgeschlossen. Für alle übrigen Merkmale ist zumindest ein Gruppenunterschied signifikant.¹⁹

In den Tabellen 4 und 5 sind die Ergebnisse der Regressionsanalyse wiedergegeben. Verschiedene Gruppen von Merkmalen werden darin auf ihre Erklärungskraft hin untersucht: Modell 1 beschränkt sich auf soziodemographische und -ökonomische Merkmale, in Modell 2 kommt die Lebenssituation als zentraler Indikator für Interessenorientierungen hinzu, während Modell 3 zusätzlich die verschiedenen Indikatoren allgemeiner und spezifischer Wertorientierungen enthält. In Modell 4 schließlich sind alle Einflussfaktoren gleichzeitig, d.h. unter gegenseitiger Kontrolle, aufgenommen.

Die Akzeptanz der ökonomischen Form familienpolitischer Intervention kann mit den Regressionsmodellen der Tabelle 4 relativ gut erklärt werden. Das Bestimmtheitsmaß R^2 , das die Güte der Anpassung der Regressionsfunktion an die empirischen Daten misst, liegt mit einem Wert von maximal 0,204 zwar nicht sehr hoch, aber noch immer deutlich über den Werten vergleichbarer Untersuchungen. *Klein/Schilling* (1994) z.B. kommen in ihrer Analyse zu den Determinanten der Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates auf gerade einmal 4 % an erklärter Varianz ($R^2=0,042$) und verweisen darauf, dass geringe Determinationskoeffizienten „bei der Erklärung ‚weicher‘ Einstellungsvariablen leider üblich“ seien (ebd.: 620).

Die auf der bivariaten Ebene gefundenen Zusammenhänge bestätigen sich in der multivariaten Analyse mehrheitlich. Lediglich für die Merkmale Erwerbsstatus und Religiosität bleibt nach dem Herausrechnen der Interkorrelationen kein eigenständiger Effekt mehr übrig. Unter den sozialstrukturellen Variablen erweisen sich das Einkommen und die Unterscheidung zwischen Ost und West als am bedeutsamsten für die Bewertung finanzieller Maßnahmen der Familienpolitik. Das Einkommen hat einen, signifikant negativen Einfluss und unter der Bevölkerung Ostdeutschlands fällt die Zustimmung signifikant höher aus als unter der Westdeutschlands. Die Lebenssituation ist im Vergleich zu den Werteorientierungen, etwas weniger relevant. Zwar haben sämtliche Dummy-Variablen zur Abbildung der Lebenssituation hoch signifi-

kante Effekte auf die Akzeptanz monetärer Leistungen der Familienpolitik, wobei sich erneut bestätigt, dass die Trennlinie nicht einfach zwischen Eltern und Kinderlosen verläuft. Nach Kontrolle der Wertorientierungen reduzieren sich jedoch die Effektstärken und auch die Erklärungskraft des Gesamtmodells hängt wesentlich von der Aufnahme der Werteindikatoren ab (gemessen an R^2). Die positiveren Akzeptanzurteile von Eltern und denen, die es noch werden wollen, sind also nicht nur durch deren Eigeninteresse als (zukünftige) Leistungsempfänger bedingt, sondern auch dadurch, dass sie Familie und Kindern einen höheren ideellen Wert beimessen. Unter den Wertorientierungen selbst spielen nur spezifische Werte eine Rolle und darunter insbesondere diejenigen mit unmittelbarem Familienbezug. Weniger abhängig ist die Akzeptanz finanzieller Maßnahmen von der Berufs- bzw. Karriereorientierung.

Tab. 4: Determinanten der Akzeptanz finanzieller Maßnahmen der Familienpolitik (lineare Regressionskoeffizienten)
Determinants of the acceptance of financial family policy measures (linear regression coefficients)

	Modell			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Geschlecht weiblich (Referenz: männlich)	0,096***	0,073***	0,054**	0,052**
Alter	-0,040*	-0,041	-0,111***	-0,090***
mittlere Bildung (Referenz: niedrig)	-0,053	-0,071*	-0,056*	-0,058*
hohe Bildung (Referenz: niedrig)	-0,068*	-0,099**	-0,065*	-0,075*
Äquivalenzeinkommen (personenbezogen)	-0,169***	-0,120***	-0,132***	-0,118***
Teilzeit erwerbstätig (Referenz: Vollzeit)	0,023	0,008	0,027	0,018
nicht erwerbstätig (Referenz: Vollzeit)	-0,027	-0,024	-0,021	-0,020
Gebiet Ost (Referenz: West)	0,120***	0,113***	0,090***	0,088***
kinderlos, mit Kinderwunsch (Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a		0,195***		0,073**
mit Kind(ern), die nicht mehr im HH leben (Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a		0,277***		0,111***
mit Kind(ern) und (Ehe-)Partner im HH (Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a		0,365***		0,161***
mit Kind(ern), aber ohne (Ehe-)Partner im HH (alleinerziehend) Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a		0,177***		0,082***
Religion wichtig (Referenz: unwichtig)			0,014	0,011
familienbezogene Werte (Summenindex)			0,196***	0,172***
berufsbezogene Werte (Summenindex)			0,046*	0,055**
Wert von Kindern (Summenindex)			0,235***	0,199***
Konstante	22,418***	20,452***	12,951***	12,772***
R^2	0,074	0,128	0,197	0,204
N	3544	3264	3477	3202

Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$

^a als Kinder zählen eigene Kinder, einschl. Stief- und Adoptivkinder; bei den Kinderlosen sind Personen mit unsicherem Kinderwunsch aus der Analyse ausgeschlossen, kinderlose Frauen im Alter von über 45 Jahren werden der Referenzkategorie (kinderlos, ohne Kinderwunsch) zugerechnet

Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003

Tabelle 5 informiert über die Faktoren, von denen die Akzeptanz der auf Kinderbetreuung gerichteten familienpolitischen Maßnahmen abhängig ist. Das Gesamtmodell kann hier nur 13 % der Varianz erklären, die restlichen 87 % sind auf in der Regressionsgleichung nicht erfasste Einflussgrößen zurückzuführen. Auch dieses Ergebnis ist jedoch im Vergleich zu anderen Studien noch immer zufriedenstellend. Außerdem ist mit *Roller* (1992: 173) davon auszugehen, dass geringe Anteile an erklärter Varianz hier weniger in methodischen Problemen als vielmehr in der Sache selbst begründet sind. Hinsichtlich der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen besteht ein so breiter Konsens in der Bevölkerung, dass sich kaum Merkmale identifizieren lassen, mit denen stark abweichende Bewertungen verbunden sind. Die geringe Erklärungskraft der vorliegenden Regressionsmodelle ist also in der Hauptsache eine Folge geringer Unterschiede zwischen sozialen Gruppen.

Tab. 5: Determinanten der Akzeptanz von auf Kinderbetreuung gerichteten familienpolitischen Maßnahmen (lineare Regressionskoeffizienten)
Determinants of the acceptance of family policy measures aimed at child care (linear regression coefficients)

	Modell			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Geschlecht weiblich (Referenz: männlich)	0,097***	0,079***	0,085***	0,077***
Alter	-0,039*	-0,031	-0,051**	-0,035
mittlere Bildung (Referenz: niedrig)	-0,001	-0,003	-0,015	-0,009
hohe Bildung (Referenz: niedrig)	-0,001	-0,005	-0,015	-0,010
Äquivalenzeinkommen (personenbezogen)	-0,035	-0,020	-0,029	-0,028
Teilzeit erwerbstätig (Referenz: Vollzeit)	0,007	0,006	0,011	0,012
nicht erwerbstätig (Referenz: Vollzeit)	0,010	0,014	0,016	0,021
Gebiet Ost (Referenz: West)	0,216***	0,219***	0,182***	0,187***
kinderlos, mit Kinderwunsch		0,110***		0,040
(Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a				
mit Kind(ern), die nicht mehr im HH leben		0,126***		0,036
(Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a				
mit Kind(ern) und (Ehe-)Partner im HH		0,138***		0,039
(Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a				
mit Kind(ern), aber ohne (Ehe-)Partner im HH (alleinerziehend)		0,091***		0,043*
Referenz: kinderlos, ohne Kinderwunsch) ^a				
Religion wichtig (Referenz: unwichtig)			-0,084***	-0,088***
familienbezogene Werte (Summenindex)			0,191***	0,181***
berufsbezogene Werte (Summenindex)			0,083***	0,086***
Wert von Kindern (Summenindex)			0,058**	0,048*
Konstante	12,723***	12,154***	8,127***	7,965***
R ²	0,064	0,076	0,125	0,128
N	3544	3264	3477	3202

Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05

^a als Kinder zählen eigene Kinder, einschl. Stief- und Adoptivkinder; bei den Kinderlosen sind Personen mit unsicherem Kinderwunsch aus der Analyse ausgeschlossen, kinderlose Frauen im Alter von über 45 Jahren werden der Referenzkategorie (kinderlos, ohne Kinderwunsch) zugerechnet

Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003

Von den soziodemographischen und -ökonomischen Merkmalen geht lediglich vom Geschlecht ein durchgängig signifikanter Einfluss auf die Akzeptanz ökologischer Maßnahmen der Familienpolitik aus. Die Einflüsse von Bildung, Einkommen und Erwerbsstatus hingegen sind statistisch unbedeutsam und auch der Einfluss des Alters wird unbedeutsam, sobald die Lebensform kontrolliert wird. Ein besonders starker Effekt geht von der Differenzierung nach West- und Ostdeutschland aus. Im Osten stößt der Ausbau öffentlicher Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung auf deutlich mehr Zustimmung als im Westen. Ob es darüber hinaus nun eher Wert- oder mehr Interessenorientierungen sind, die die Akzeptanz vereinbarkeitsorientierter Maßnahmen der Familienpolitik determinieren, zeigt ein Vergleich der verschiedenen Modelle: Der zunächst signifikante Einfluss der Lebensform als zentralem Indikator für Interessen verliert sich, sobald die Wertorientierungen kontrolliert werden. Im Gesamtmodell sind es nur noch die Alleinerziehenden, die sich mit der Forderung nach mehr Kinderbetreuung von den dauerhaft Kinderlosen signifikant unterscheiden. Die Effekte der Werteindikatoren hingegen sind durchweg überzufällig und büßen durch die Aufnahme der in Dummy-Variablen zerlegten Lebensform kaum an Stärke ein. Die größte Rolle für die Bewertung staatlicher Aktivitäten im Bereich der Kinderbetreuung spielt dabei die Familienorientierung. Je mehr Wert auf Familie gelegt wird, desto positiver fällt das Akzeptanzurteil aus. Auch von der Religiosität als Indikator allgemeiner Werthaltungen geht ein hoch signifikanter Effekt aus, der allerdings negativ ist: Ausgeprägte Religiosität geht mit geringer Zustimmung zu familienpolitischen Maßnahmen einher, die auf die parallele Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf gerichtet sind.

Insgesamt lässt sich aus den Ergebnissen schließen, dass weder Wert- noch Interessenorientierungen allein über die Akzeptanz von Familienpolitik entscheiden, sondern beides eine Rolle spielt. Je höher der individuelle Nutzen ist und je mehr Wert auf Familie und Kinder gelegt wird, desto positiver fällt die Bewertung familienpolitischer Maßnahmen aus. Über diese generelle Tendenz hinaus ist nach der Form der familienpolitischen Intervention zu unterscheiden: Vereinbarkeitsorientierte Maßnahmen erfahren eine breite Zustimmung in der Bevölkerung und die wenigen Unterschiede werden stärker von Wert- als von Interessenorientierungen determiniert. Die Beurteilung monetärer Transfers hingegen fällt erwartungsgemäß kontroverser aus und das Eigeninteresse als (potentieller) Leistungsempfänger erweist sich neben der Werthaltung als erheblich relevant.

Diese Muster der Zusammenhänge finden sich in West- und in Ostdeutschland. Allerdings ist das Niveau der Akzeptanz in den neuen Bundesländern deutlich höher – auch nach Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren, so dass weder eine unterschiedliche Sozialstruktur und eine daraus resultierende unterschiedliche Interessenlage noch voneinander abweichende Werthaltungen die (alleinigen) Ursachen hierfür sind. In Einklang mit den Ergebnissen bisheriger Forschung kann also festgehalten werden, dass die Ostdeutschen „insgesamt durchschnittlich höhere Wohlfahrtsansprüche haben als die Westdeutschen“ (*Andrefß et al.* 2001: 151), auch noch nach eineinhalb Jahrzehnten, die seit der Wiedervereinigung vergangen sind.

4 Zu den möglichen Auswirkungen von Familienpolitik

Eine hohe Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen ist eine günstige Voraussetzung für ihre Wirksamkeit, reicht jedoch alleine sicher nicht aus. Ob Familienpolitik tatsächlich Einfluss auf Verhalten, insbesondere auf die Entscheidung für oder gegen Kinder hat, ist eine nach wie vor offene Frage. Das generative Verhalten wird von vielen Faktoren beeinflusst und Familienpolitik kann weder Kinderwünsche erzeugen noch Kinder „kaufen“, sondern nur Rahmenbedingungen für individuelle Handlungsentscheidungen setzen. Daher ist der empirische Nachweis ihrer Wirksamkeit nur schwer zu erbringen (vgl. *Lengener* 2004).

In der PPAS ist neben der Bewertung von Familienpolitik auch erfragt, welche Auswirkungen die Realisierung der gewünschten Maßnahmen auf die persönliche Familienplanung hätte.²⁰ Freilich ist auch dies nur ein schwacher Indikator für die Handlungsrelevanz von Familienpolitik und letztlich kann nur das tatsächliche Verhalten über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Dennoch ergeben sich daraus durchaus brauchbare Hinweise auf mögliche Effekte familienpolitischer Intervention.

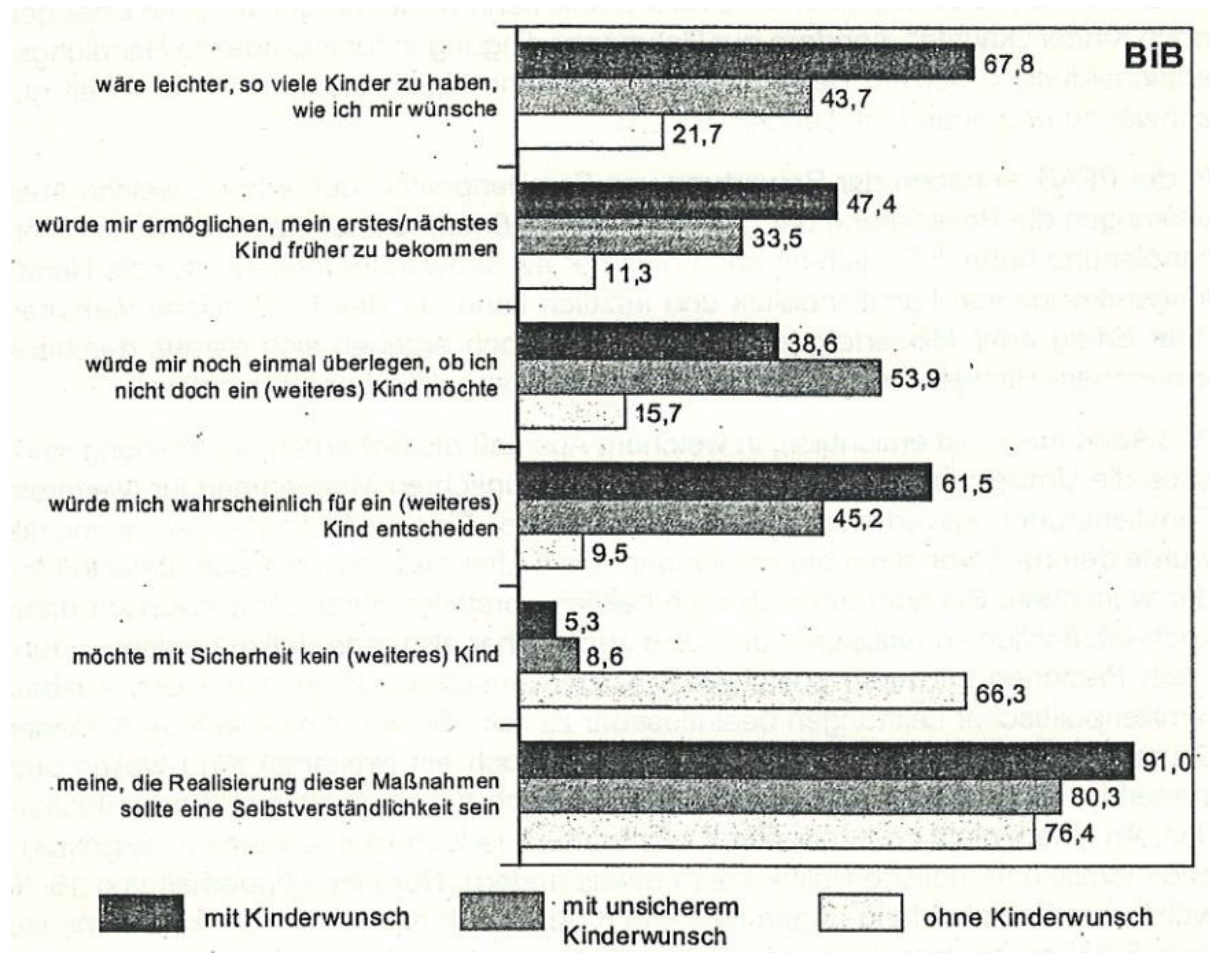
Aus Abbildung 4 ist ersichtlich, in welchem Ausmaß die Befragten der Meinung sind, dass die Umsetzung der von ihnen jeweils gewünschten Maßnahmen ihr (weiteres) Familiengründungsverhalten beeinflussen würde. Eine verbesserte Familienpolitik würde demnach vor allem bei denjenigen einen Effekt erzielen, die sich ohnehin Kinder wünschen. Sie könnten sich mehrheitlich vorstellen, ihren Kinderwunsch dann auch tatsächlich zu realisieren und dies auch früher als ursprünglich geplant zu tun. Auch Personen mit noch unsicherem Kinderwunsch scheinen durch den Ausbau familienpolitischer Leistungen beeinflussbar zu sein. So würden es sich 54 % dieser Gruppe noch einmal überlegen, ob sie nicht doch ein (weiteres) Kind wollen und immerhin 45 % würden sich dann wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden. An einem nicht vorhandenen Kinderwunsch jedoch kann auch eine ausgesprochen familienfreundliche Politik kaum etwas ändern. Nur eine Minderheit von 16 % würde ihre Entscheidung gegen (weitere) Kinder noch einmal überdenken, wenn sie vom Staat mehr Unterstützung erhalten würde, während immerhin zwei Drittel mit Sicherheit kein (weiteres) Kind mehr wollen.

Eine Wirkung auf Verhalten hat Familienpolitik also allenfalls dort, wo ein Wunsch nach Kindern zumindest latent vorhanden ist. Der Ausbau von Leistungen kann hier dazu beitragen, dass diese Wünsche leichter und eventuell auch in einer früheren Phase des Lebens in die Tat umzusetzen sind. Ob dadurch aber tatsächlich mehr Kinder geboren werden würden, bleibt fraglich. Dagegen sprechen nicht zuletzt die in der ehemaligen DDR gemachten Erfahrungen, wonach geburtenfördernde Maßnahmen zwar das Timing der Familiengründung beeinflussen können, nicht aber die endgültige Kinderzahl. Auf die grundlegende Entscheidung für oder gegen Kinder haben wohlfahrtsstaatliche Institutionen offenbar kaum Einfluss. Möchte jemand – aus welchen Gründen auch immer – keine Kinder, kann daran weder mehr Geld noch mehr Betreuung noch eine familienfreundlichere Arbeitswelt nachhaltig etwas verändern. Zumindest wird dies subjektiv so wahrgenommen. Der Glaube an die Wirksamkeit staatlicher Politik ist nicht allzu groß. Dennoch ist die Erwartungshaltung dem Staat gegenüber ausgeprägt, was hier noch einmal Bestätigung findet: Die große Mehrheit der Deutschen ist der Meinung, dass die Realisierung der von

ihnen gewünschten familienpolitischen Maßnahmen eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Auch diejenigen ohne Kinderwunsch stimmen dem ganz überwiegend zu.

Abb. 4: Auswirkungen der Realisierung gewünschter familienpolitischer Maßnahmen auf die persönliche Familienplanung (Zustimmung in %) ²²

Fig. 4: Impact of the realisation of desired family policy measures on personal family planning (agreement in %) ²²



Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003, designgewichtet

5 Schlussbetrachtung

Politik für Familien stößt auf überaus hohe und breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Sowohl monetäre Transfers als auch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von der ganz überwiegenden Mehrheit der Deutschen sehr positiv bewertet. Bei einer notwendigen Prioritätensetzung werden finanzielle Leistungen bevorzugt, allerdings werden sie nur selten ausschließlich unter den am ehesten durch die Bundesregierung zu realisierenden Maßnahmen genannt. Die Deutschen wollen also vor allem mehr Geld, aber auch verbesserte Bedingungen, um familiäre und berufliche Verpflichtungen in Einklang miteinander zu bringen.

Nach wie vor finden sich dabei Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Im Osten Deutschlands werden signifikant höhere Erwartungen an die Familienpolitik gerichtet als in Westdeutschland; vor allem im Bereich der Kinder-

betreuung. Dies ist zunächst erstaunlich angesichts der Tatsache, dass die neuen Bundesländer mit Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen sehr viel besser ausgestattet sind als das frühere Bundesgebiet. Auch berechtigt die mittlerweile doch relativ lange Zeitspanne, die seit der Wiedervereinigung vergangen ist, die Annahme einer Konvergenz der Einstellungen von West- und Ostdeutschen (z.B. *Andreß et al.* 2001). Aber offenbar hat das ehemals sehr unterschiedliche Institutionengefüge die Menschen nachhaltig geprägt, sowohl in ihren Werthaltungen und Einstellungen als auch in ihren biographischen Orientierungen. Auch und gerade die Familienpolitik hat hierbei eine wichtige Rolle gespielt, lagen ihr doch ganz andere Ideen und Leitbilder zugrunde. Während die Familienpolitik der ehemaligen DDR dem Leitbild der „egalitären Doppelernährerehe“ (*Pfau-Effinger* 1996) verpflichtet war, orientierte sich die bundesdeutsche Familienpolitik bis in die 1990er Jahre hinein am Modell der „männlichen Ernährerehe“ (*Ostner* 1995). Dementsprechend bevorzugten die Ostdeutschen noch immer vereinbarkeitsorientierte Maßnahmen, die ihnen die Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie ermöglichen, während sich in den Vorstellungen und im Verhalten der Westdeutschen ein Muster etabliert hat, dass an der Familie als herausragender Sozialisationsinstanz festhält, diese aber nicht mehr als den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Mutter definiert. Folgerichtig wird eine Politik befürwortet, die mit einer Kombination aus finanzieller Unterstützung, der Förderung von Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeiten die Einschränkung und/oder Unterbrechung der Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung ermöglicht. Parallel wird auch der Ausbau öffentlicher Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung mehrheitlich befürwortet.

Für die ehemalige DDR kann durchaus behauptet werden, dass die Einstellungen der Bürger nach 1990 „in Widerspruch zu der Leitidee der bundesdeutschen Familienpolitik und der durch sie geförderten Muster weiblicher Lebensführung“ (*Niephaus* 2003: 10) getreten sind. Ob dies allerdings eine Erklärung für den Geburteneinbruch sein kann, wie *Niephaus* (ebd.) vorschlägt, ist fraglich. In der subjektiven Einschätzung der Adressaten wird der Familienpolitik nur eine geringe Wirkung auf die Entscheidung für oder gegen Kinder zugesprochen.

Auf individueller Ebene wird die Akzeptanz von Familienpolitik sowohl von Wert- als auch von Interessenorientierungen determiniert. Zu den stärksten Befürwortern sowohl finanzieller als auch vereinbarkeitsorientierter Maßnahmen der Familienpolitik gehören zum einen die (potentiellen) Leistungsempfänger und zum anderen diejenigen, die Familie und Kindern eine hohe Wertschätzung entgegenbringen. Die Relevanz des Eigeninteresses ist aus der Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates bekannt, der Einfluss von Werthaltungen konnte bislang aber allenfalls auf niedrigem Niveau nachgewiesen werden. Hier hat es sich als nützlich erwiesen, statt globaler spezifische Werte in den Blick zu nehmen und differenzierte Indikatoren zu verwenden.

Die Unterschiede in den Akzeptanzurteilen sind aber insgesamt gering und als wesentliches Ergebnis kann der breite Konsens in der Bevölkerung festgehalten werden. Obwohl immer mehr Menschen kinderlos bleiben und damit nicht zu den unmittelbaren Nutznießern von Familienpolitik zählen und obwohl die Verhaltenswirksamkeit familienpolitischer Intervention als gering eingeschätzt wird, wird sie durchgängig positiv bewertet. Die legitimatorische Basis von Familienpolitik ist

damit in hohem Maße gegeben und von einer Entsolidarisierung, etwa zwischen Eltern und Kinderlosen, kann nicht die Rede sein. Auch im Urteil Kinderloser erfährt die Familienpolitik hohen Zuspruch.

Anmerkungen

- ¹ Familienministerin *Schmidt* in der ZEIT vom 04.12.2003
- ² Der komplette Fragetext lautet: „Was halten Sie von den folgenden Maßnahmen, die es erleichtern sollen, Kinder zu bekommen, zu erziehen, und für sie zu sorgen? Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, diese Maßnahmen einzuführen? Diese Maßnahmen sind nicht frei erfunden, sondern die meisten existieren tatsächlich in einem europäischen Land. Einige davon sind auch in Deutschland bereits eingeführt oder in Erwägung gezogen worden.“ Die Antwortskala zur Erfassung des Grades der Zustimmung oder Ablehnung reicht von „sehr dafür“, „eher dafür“, „weder noch“ und „eher dagegen“ bis zu „sehr dagegen“.
- ³ Die Stichprobe der deutschen PPA-Study ist disproportional angelegt. In den alten Bundesländern wurden 2058, in den neuen Bundesländern 2052 Personen befragt. Sollen Aussagen für die Bevölkerung des gesamten Bundesgebiets gemacht werden, ist daher eine Designgewichtung erforderlich. Die Überrepräsentation der Ostdeutschen, wird ausgeglichen, indem jeder befragten Person ein Faktor zugeordnet wird, der dem Kehrwert ihrer individuellen Auswahlwahrscheinlichkeit entspricht. Dadurch werden die Auswahlchancen aller Befragten im Nachhinein nivelliert und es entsteht ein repräsentatives Abbild von Deutschland insgesamt.
- ⁴ Simultane Vereinbarkeit meint die Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf, also die durchgängige und i.d.R. zeitlich uneingeschränkte Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Das sequentielle Muster der Vereinbarkeit hingegen besteht aus der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bei Familiengründung und dem sukzessiven Wiedereinstieg.
- ⁵ Der Fragetext lautet: „Wenn Sie wählen könnten, welche der Maßnahmen auf diesen Kärtchen sollten am ehesten durch die Bundesregierung realisiert werden. Bitte nennen Sie nicht mehr als drei Maßnahmen. Welche dieser Maßnahmen würden Sie an erster Stelle wählen, welche an zweiter und welche käme an dritter Stelle.“ Als zusätzliche Antwortkategorie steht zur Auswahl: „Ich bin dagegen, dass irgendeine dieser Maßnahmen eingeführt wird“. Weniger als 2 % der Befragten sind dieser Meinung.
- ⁶ Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich von den insgesamt 13 zur Bewertung vorgelegten Maßnahmen 7 auf die ökonomische Unterstützung von Familien beziehen (die Zuordnung ist aus Tab. 3 ersichtlich). Daher ist es bereits bei einer rein zufälligen Auswahl wahrscheinlicher, dass eine finanzielle Maßnahme an erster Stelle genannt wird. Die Wahrscheinlichkeit hierfür beträgt 7/13, während die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer auf Vereinbarkeit gerichteten Maßnahme 6/13 beträgt.
- ⁷ Bis auf die Verringerung der Ausbildungskosten, die in der ersten PPAS nicht abgefragt wird, ist die Itembatterie zur Erfassung der sozialen Akzeptanz von Familienpolitik identisch. Die Bewertung der einzelnen Maßnahmen wird allerdings mit unterschiedlichen Antwortskalen gemessen. In der aktuellen Erhebung ist eine 5-stufige Skala vorgegeben, auf der neben Befürwortung und Ablehnung in jeweils zwei Abstufungen auch Enthaltung („weder noch“) ausgedrückt werden kann. In der PPA-Studie aus dem Jahr 1992 fehlt eine solche mittlere Kategorie, stattdessen kann zusätzlich mit „weiß nicht“ geantwortet werden. Weil dies inhaltlich etwas anderes bedeutet, sind die Skalen nicht vergleichbar. Auch Behelfslösungen wie Skalentransformation oder Ausschluss der Fälle, die mit „weder noch“ bzw. „weiß nicht“ geantwortet haben, sind nicht praktikabel, wie zusätzlich durchgeführte Berechnungen gezeigt haben. Der Grund für die Unterschiedlichkeit der Antwortskalen ist der länderübergreifende Projektrahmen, in den die deutsche PPAS eingebettet ist. Auf die Möglichkeit des Zeitvergleichs auf nationaler Ebene wurde hier zugunsten der internationalen Vergleichbarkeit verzichtet.
- ⁸ Dies entspricht dem Generationenmodell des Wertewandels, wie es z.B. von *Inglehart* (1977) vertreten wird.

- ⁹ Die Unterscheidung einer ökonomischen und einer ökologischen Form familienpolitischer Intervention geht auf *Kaufmann* (1982) und *Strohmeier* (1995) zurück. Während die ökonomische Form der Intervention direkte und indirekte Einkommenstransfers umfasst, sind mit der ökologischen Intervention soziale Dienstleistungen vor allem im Bereich der Kinderbetreuung gemeint.
- ¹⁰ Im Einzelnen sind dies: „Mit seinem Partner in Harmonie Zusammenleben“, „Nahestehenden Menschen Sicherheit bieten“, „In der Lage sein, seinen Kindern genug Liebe und Aufmerksamkeit zu widmen“ und „Seinen Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen“.
- ¹¹ Als Methode zur Extraktion der Faktoren wurde das *Kaiser*-Kriterium (Eigenwert >1) gewählt.
- ¹² *Cronbach's* Alpha als Maß zur Beurteilung der Skalenreliabilität hat einen Wertebereich von 0 bis 1 und gibt an, in welchem Umfang die einzelnen Items dasselbe Konstrukt messen.
- ¹³ Im Einzelnen sind dies: „Außerhalb der eigenen Familie anerkannt und respektiert zu werden“, „Im Beruf Karriere machen“ und „Nach Selbstverwirklichung streben“.
- ¹⁴ Im Einzelnen sind dies: „Glücklich und zufrieden kann man sich in unserer heutigen modernen Welt nur in der Familie, zu Hause mit seinen Kindern fühlen“, „Ich genieße es immer, wenn ich Kinder um mich habe“, „Ohne Kinder kann man nicht wirklich glücklich sein“, „Wenn man sich als Vater oder Mutter bewährt hat, kann man mit seinem Leben rundum zufrieden sein“ und „Ich habe Kinder gern, weil sie einem das Gefühl geben, wirklich gebraucht zu werden“.
- ¹⁵ Die Klassifikation erfolgt in Anlehnung an die „International Standard Classification of Education (ISCED)“ in der aktuell gültigen Version von 1997 (vgl. *UNESCO* 1997).
- ¹⁶ Bei der nach unten offenen Randklasse „unter 150 Euro“ wurde die Klassenmitte auf 100 Euro festgesetzt, bei der nach oben offenen Randklasse „4.000 Euro und mehr“ wurde die Klassenmitte auf 4.500 Euro festgesetzt.
- ¹⁷ Neben der Sichtprüfung der Korrelationsmatrix wurde das *Kaiser-Meyer-Olkin*-Kriterium als Indikator für die Eignung der Ausgangsvariablen herangezogen. Mit einem Wert von 0,84 ist das Kriterium erfüllt. Die Kommunalität der einzelnen Ausgangsvariablen, also der Anteil der durch die gemeinsamen Faktoren erklärbaren Varianz, liegt zwischen 0,49 und 0,62.
- ¹⁸ Der Faktor ‚finanzielle Maßnahmen‘ umfasst die Items „Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder“, „Ein finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist“, „Ein finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes“, „Finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange diese klein sind“ und „Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat“. Der Faktor ‚Kinderbetreuung‘ umfasst die Items „Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren“, „Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter“ und „Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter vor und nach der Schule und in den Schulferien“. Bei einer für West- und Ostdeutschland getrennt durchgeführten Faktorenanalyse ergibt sich für Ostdeutschland ein dritter Faktor. Dieser setzt sich aus 2 Items zusammen, die auf eine familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitswelt abzielen („Flexiblere Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern“ und „Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern“). Für Westdeutschland lässt sich dieser Faktor jedoch nicht identifizieren und dadurch auch nicht für Deutschland insgesamt. Auf eine nach Landesteil getrennte multivariate Analyse wurde dennoch verzichtet. Vielmehr fließt die Unterscheidung nach West und Ost als unabhängige Variable darin ein.
- ¹⁹ Lediglich zwischen Bildung und der Bewertung von Maßnahmen zur Kinderbetreuung kann mit dem H-Test kein signifikanter Zusammenhang nachgewiesen werden. Trotzdem verbleibt Bildung als grundlegendes sozioökonomisches Merkmal in der weiteren Analyse.
- ²⁰ Der Fragetext lautet: „Wenn diese Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben? Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen.“
- ²¹ Neben „stimme zu“ und „stimme nicht zu“ kann auch mit „trifft nicht zu“ geantwortet werden, wovon häufig Gebrauch gemacht wird. Besonders diejenigen ohne Kinderwunsch empfinden die vorgelegten Aussagen für ihre gegenwärtige Lebenssituation oft als nicht zutreffend. Die jeweils

zu 100 % verbleibenden Anteile umfassen also nicht nur diejenigen, die der betreffenden Aussage ablehnend gegenüberstehen. Des Weiteren ist zu beachten, dass Frauen im Alter von über 45 Jahren diese Frage nicht gestellt wurde.

Summary

Against the background of the increased relevance of family policy, it seems advisable to study its perception by the population. A certain degree of positive evaluation is considered as a precondition for the legitimacy, long-term maintenance as well as the effectiveness of family policy interventions.

As the analyses of the German Population Policy Acceptance Study (PPAS) show, the social acceptance of family policy is high. There is a widespread agreement with financial benefits, as well as with measures to combine work and parenthood. Differences between Western and Eastern Germany are still noticeable: In all, the citizens of the new Federal Länder have higher expectations towards family policy, and they concentrate more on the extension of public day care facilities. Compared to that, Western Germans prefer the sequential combination of work and family, which is reflected in the widespread positive judgement of financial transfers and of reduced or flexible working hours.

On the individual level, the extent of the acceptance of family policy is determined by value-orientations, as well as by interests. The highest level of consent can be found among those who belong to the (potential) recipients of benefits and among those who value family and children highly. All in all, however, there are few differences in the evaluation of family policy measures, and the main result is the high level of acceptance among the population in general. Most childless people rate family policy positively too, so that there can be no question of a lack of solidarity, or indeed of divide within society.

Résumé

En raison de l'importance accrue de la politique familiale il paraît approprié de tourner le regard sur son évaluation au sein de la population. Une certaine mesure d'acceptation est conçue comme base de la légitimité, de la durabilité et de l'efficacité des interventions politiques familiales.

Suivant les résultats d'une enquête allemande sur l'acceptation de la politique démographique (Population Policy Acceptance Study - PPAS), l'acceptation sociale de la politique familiale est très grande. Les prestations financières ainsi que les mesures de conciliation entre la famille et l'emploi trouvent un large consentement dans la population. Maintenant comme auparavant des différences entre l'Allemagne de l'ouest et de l'est peuvent être constatées : Les citoyens des nouveaux Länder ont en général des attentes plus élevées à la politique familiale et approuvent notamment le développement des établissements publics de gardes d'enfants à temps complet. Les allemands de l'ouest s'intéressent par contre davantage à la conciliabilité séquentielle entre la famille et l'emploi, ce qui se reflète dans la large acceptation des transferts financiers et d'une durée de travail réduite ou flexibilisée.

Au niveau individuel ce sont autant les orientations de valeurs que d'intérêts qui décident de l'extension de l'acceptation de la politique familiale. Le consentement le plus élevé est exprimé par les bénéficiaires (potentiels) et par ces personnes qui attribuent une grande valeur idéelle à la famille et aux enfants. Dans l'ensemble les différences dans l'évaluation des mesures politiques familiales sont pourtant moindres et le consentement élevé et large au sein de la population est un résultat remarquable. Même la majorité des personnes sans enfants a un jugement positif de la politique familiale, de sorte qu'une désolidarisation ou même scission de la société n'a pas lieu.

Literaturverzeichnis

- Andreß, Hans-Jürgen; Heien, Thorsten; Hofäcker, Dirk*, 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Backhaus, Klaus et al.*, 2000: Multivariate Analysemethoden. Berlin/Heidelberg/New York: Springer
- Bäcker, Gerhard et al.*, 2000: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 2: Gesundheit und Gesundheitssystem, Familie, Alter, Soziale Dienste. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Dorbritz, Jürgen; Fux, Beat* (Hrsg.), 1997: Einstellungen zur Familienpolitik in Europa. München: Boldt
- Inglehart, Ronald*, 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton, New Jersey: Princeton University Press
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 1982: Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention. In: *Kaufmann, Franz-Xaver* (Hrsg.): Staatliche Sozialpolitik und Familie. München: Oldenbourg: 49-86
- Klein, Thomas; Schilling, Johannes-Georg*, 1994: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Eine empirische Analyse. In: Politische Vierteljahresschrift 35: 607-630
- Knudsen, Knud; Wærness, Kari*, 1999: Reactions to Global Processes of Change: Attitudes toward Gender Roles and Marriage in Modern Nations. In: Comparative Social Research 18: 161-195
- Kohl, Jürgen*, 2003: Breite Zustimmung für Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen. Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich. In: Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI) 29:1-6
- Lengerer, Andrea*, 2003: Die Population Policy Acceptance Study (PPAS). In: BiB-Mitteilungen 02: 25-30
- Lengerer, Andrea*, 2004: Familienpolitische Regimetypen in Europa und ihre Bedeutung für den Wandel der Familie. Ein Überblick über den Stand der Forschung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29,1: 99-125
- Niephaus, Yasemin*, 2003: Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Staatliche Regulierung generativen Handelns. Opladen: Leske + Budrich
- Ostner, Ilona*, 1995: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierungen von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B36-37: 3-12

- Pfau-Effinger, Birgit*, 1996: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48: 462-492
- Pohl, Katharina*, 1995: Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland. Design und Struktur des deutschen FFS. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 82a. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
- Rokeach, Milton*, 1973: The Nature of Human Values. New York/London: Free Press
- Roller, Edeltraud*, 1992: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), 2004: Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Störtzbach, Bernd*, 1993/94: Deutschland nach der Vereinigung? Meinungen und Einstellungen zu Familie, Kindern und zur Familienpolitik in Ost und West. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 19,2: 151-167
- Strohmeier, Klaus Peter*, 1995: Familienpolitik und familiale Lebensformen - Ein handlungstheoretischer Bezugsrahmen. In: *Nauck, Bernhard; Onnen-Isemann, Corinna* (Hrsg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Neuwied/Kriftel/Berlin: Luchterhand: 17-36
- Ullrich, Carsten G.*, 2000: Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Anmerkungen zum Forschungsstand. MZES Arbeitspapier Nr. 22. Mannheim
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)*, 1997: International Standard Classification of Education, ISCED 1997.
[http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/isced_1997.htm (07.07.2004)]

Anschrift d. Verf.: Andrea Lengerer, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), B2,1, 68159 Mannheim, E-Mail: lengerer@zuma-mannheim.de,
URL: <http://www.gesis.org/ZUMA/>

Tab. 6: Signifikanz von Gruppenunterschieden in der Bewertung finanzieller und auf Kinderbetreuung gerichteter familienpolitischer Maßnahmen
Significance of group differences in the assessment of financial measures and those aimed at child care

Prädiktor	Faktor „finanzielle Maßnahmen“				Faktor „Verbesserung der Kinderbetreuung“			
	Mittelwert	Standardabw.	nicht-parametrischer Signifikanztest	parametrischer Signifikanztest ^a	Mittelwert	Standardabw.	nicht-parametrischer Signifikanztest	parametrischer Signifikanztest ^a
Geschlecht								
	Männer	20,26	3,75	U-Test	Z=-7,389***	2,22	U-Test	T-Test
	Frauen	21,12	3,45			2,09		T=-7,084***
Alter (in Jahren)								
	20 bis 39	20,94	3,42	H-Test	Chi²=50,724***	1,93	H-Test	Chi²=15,087**
	30 bis 39	21,11	3,64			2,14		F=5,946***
	40 bis 49	20,79	3,63			2,32		
	50 bis 65	20,14	3,67			2,19		
Bildung								
	niedrig	21,74	3,24	H-Test	Chi²=45,350***	2,10	H-Test	Chi²=1,441
	mittel	20,81	3,66			2,11		F=4,039*
	hoch	20,26	3,66			2,30		
Äquivalenzeinkommen (in Euro)								
	unter 700	21,55	3,16	H-Test	Chi²=139,319***	2,16	H-Test	Chi²=41,277***
	700 bis 1399	21,07	3,51			2,12		F=17,563***
	1400 und mehr	19,63	3,81			2,18		
Erwerbsstatus								
	Vollzeit	20,43	3,80	H-Test	Chi²=44,153***	2,20	H-Test	Chi²=23,406***
	Teilzeit	21,41	3,38			2,11		F=5,960**
	nicht erwerbstätig	20,87	3,45			2,16		
Gebiet								
	West	20,47	3,72	U-Test	Z=-9,362***	2,21	U-Test	Z=-14,949***
	Ost	21,58	3,08			1,80		T=-15,301***
Lebensform ^b								
	kinderlos, ohne Kw	18,59	4,35	H-Test	Chi²=256,498***	2,23	H-Test	Chi²=63,393***
	kinderlos, mit Kw	21,23	3,21			1,98		F=13,131***
	Kind(er) außer Haus	20,43	3,57			2,15		
	Kind(er) im HH, mit P	21,73	3,05			2,24		
	Kind(er) im HH, ohne P	21,84	3,11			1,92		
Inglehart-Index								
	Materialist	20,82	3,43	H-Test	Chi²=5,185	-2,11	H-Test	Chi²=2,615
	Mischtyp	20,77	3,62			2,17		F=0,937
	Postmaterialist	20,45	3,75			2,23		
Wichtigkeit von Religion								
	niedrig	20,51	3,73	U-Test	Z=-5,050***	2,12	U-Test	Z=-3,466**
	hoch	21,12	3,35			2,26		T=-4,130***

Fortsetzung Tab. 6

Prädiktor	Faktor „finanzielle Maßnahmen“				Faktor „Verbesserung der Kinderbetreuung“			
	Mittelwert	Standardabweichung	nicht-parametrischer Signifikanztest	parametrischer Signifikanztest ^a	Mittelwert	Standardabweichung	nicht-parametrischer Signifikanztest	parametrischer Signifikanztest ^a
familienbezogene Wertvorstellungen	niedrig	18,40	H-Test	einfakt. Varianzanalyse ^{e,g}	F= 130,452***	2,18	H-Test	einfakt. Varianzanalyse ^{d,h}
	mittel	20,44				2,06		
	hoch	21,42				2,20		
berufsbezogene Wertvorstellungen	niedrig	20,61	H-Test	einfakt. Varianzanalyse ^{e,l}	F= 17,954***	2,45	H-Test	einfakt. Varianzanalyse ^{d,g}
	mittel	20,49				2,05		
	hoch	21,38				2,03		
Wert von Kindern	niedrig	19,40	H-Test	einfakt. Varianzanalyse ^{e,g}	F= 159,720***	2,25	H-Test	einfakt. Varianzanalyse ^{d,i}
	mittel	20,88				2,02		
	hoch	21,95				2,24		

Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05

^a beim T-Test wurde anhand des Levene-Tests entschieden, ob die Variante für Varianzhomogenität oder für Varianzheterogenität gerechnet wurde; bei der einfaktoriellen Varianzanalyse wurde das Vorliegen von Varianzheterogenität innerhalb der Gruppen der unabhängigen Variablen mit dem Levene-Test geprüft (wobei die Varianzanalyse bei großen Stichproben relativ robust gegenüber Verletzungen ihrer Voraussetzungen ist) und zwischen welchen Gruppen signifikante Mittelwertsunterschiede bestehen, wurde mit dem Scheffé-Test geprüft (wobei ein 95 %iges Signifikanzniveau gewählt wurde)

^b als Kinder zählen eigene Kinder, einschließlich Stief- und Adoptivkinder; bei den Kinderlosen sind Personen mit unsicherem Kinderwunsch aus der Analyse ausgeschlossen, kinderlose Frauen im Alter von über 45 Jahren sind den Kinderlosen ohne Kinderwunsch zugerechnet; „Kw“ steht für Kinderwunsch, „P“ steht für Partner

^c Varianzhomogenität innerhalb der Gruppen liegt vor

^d Varianzheterogenität innerhalb der Gruppen liegt nicht vor

^e signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 4. und allen übrigen Gruppen

^f signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 2. und 3. sowie zwischen der 2. und 4. Gruppe

^g signifikante Unterschiede bestehen zwischen allen Gruppen

^h signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 2. und 3. Gruppe

ⁱ signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 3. und allen übrigen Gruppen

^j signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 1. und 2. Gruppe

^k signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 1. und allen übrigen Gruppen sowie zwischen der 3. und allen übrigen Gruppen

^l signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 1. und allen übrigen Gruppen sowie zwischen der 3. und 5. Gruppe

^m signifikante Unterschiede bestehen zwischen der 1. und allen übrigen Gruppen sowie zwischen der 3. und 5. Gruppe

Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003, designgewichtet (außer bei der Differenzierung nach West- und Ostdeutschland)